

Mitherausgeber dieser Broschüre

AG Gewaltfreier Widerstand im Göttinger Arbeitskreis  
gegen Atomenergie o Aktionsgemeinschaft gegen Umwelt-  
gefährdung durch Atomkraftwerke e.V., Freiburg i.Br.  
o Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.,  
Karlsruhe o Bürgeraktion Küste, Bremen o Bürgeraktion  
Stop Kalkar (Gerda Degen), Moers o Bürgerinitiative  
für eine menschenwürdige Umwelt, Köln o Bürgerinitia-  
tive Umweltschutz Hamm e.V. o Bürgerinitiative Umwelt-  
schutz Lippstadt o Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow  
-Dahnenberg e.V. o Bürgerinitiative Umweltschutz Mainz  
-Wiesbaden e.V. o Bürgerinitiative Umweltschutz Welper  
o Freie Jugendzeitschrift WIR, Bayreuth o Gewaltfreie  
Aktion Berlin o Gewaltfreie Aktion Frankfurt o Gewalt-  
freie Aktion Freiburg o Gewaltfreie Aktion Göttingen  
o Gewaltfreie Aktion Hagen o Gewaltfreie Aktion Ham-  
burg o Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (Schweiz) o  
Gewaltfreie Aktion Lörrach o Gewaltfreie Aktion Um-  
weltschutz Dortmund o Graswurzel-Werkstatt, Kassel o  
o Initiative Kirchliche Mitarbeiter, Hamburg o Umwelt-  
schutz Schleswig-Holstein e.V., Revensdorf

Dr. Hans-Jürgen Benedict, Bochum o Norbert Beyer, Ber-  
lin o Pastor F. Bode, Bremen o Volker van den Boom,  
Düsseldorf o Dr. M.O. Bruker, Lemgo o Michael Deich-  
mann, Stuttgart o Dr. Reinhard Drüner, Bonn o Elke  
Gutschmidt, Stuttgart o Klaus Haas, Frankfurt o Hans-  
Werner Hoppe, Hamburg o Christoph Junck, Stuttgart o  
Robert Jungk, Salzburg (Österreich) o Pastor K. Lüb-  
bert, Uetersen o Dr. Lutz Mez, Berlin o Ellen Möller,  
Stuttgart o Birgit Müller, Stuttgart o Thomas Pensel,  
Stuttgart o Dipl. Pol. J. Michael Schroeren, Berlin  
o Ulrich Schwalbe, Berlin o Dr. Wolfgang Sternstein,  
Stuttgart o Stephan Uebelacker, Friedberg o Dipl. Pol.  
Roland Vogt, Berlin o Manuel Walther, Berlin o Thomas  
Westphal, Berlin o Sabine Wolster, Berlin o Wilfried  
Zeckai, Stuttgart

ARCHIV

Theo Hengesbach,  
Michael Schweitzer (Hrsg.)

## Kein Atomkraftwerk mit unserem Geld!

### Stromgeldverweigerung als gewaltfreier Widerstand gegen Atomenergie



Mitherausgeber:  
BBU, Robert Jungk u.a.

-----  
Diese Broschüre wird verantwortlich herausgegeben von Michael Schweitzer, Jugenheim (früher Welper), und Theo Hengesbach, Dortmund. Beide sind seit Jahren in der Ökologie-Bewegung aktiv.

Preis: DM 3,- (Ab 10 Ex. Ermäßigung)

Bestellungen und Bezahlung an:

THEO HENGESBACH  
WEISBACHSTR. 21  
4600 DORTMUND 1  
Tel.: 0231/104694

Postscheckkonto 53882-465  
Postscheckamt Dortmund

Die Autoren der Beiträge sind:

Renate Frerkes, Dortmund (9); Rainer Hambücher, Fahrdorf (8); Wolfgang Hertle, Hamburg (6,9,11); Lutz Mez, Berlin (5); Michael Schroeren, Berlin (7); Wolfgang Zucht, Kassel (4,9); Michael Schweitzer, Jugenheim (2,3,10); Theo Hengesbach, Dortmund (1,2,3,6,8,9,10,12).

Eigendruck

1.-5. Tausend: Mai 1977  
6.-10. Tausend: April 1978  
11.-13. Tausend: Juni 1979

Copyright by Theo Hengesbach & Michael Schweitzer  
-----

Diese Broschüre ist auf umweltfreundlichem Recycling-Papier gedruckt. Es ist ein Beitrag zur Umweltentlastung und zum sorgfältigem Umgang mit unseren Gütern.

## Inhalt

Vorwort .....	4
Vorwort zur 2. Auflage .....	5
1. Ein Kampf um das Überleben .....	6
2. Der Widerstand gegen die Atomenergie von Wyhl bis Kalkar .....	10
3. Gewaltsamer Widerstand - Ausweg oder Ende der Bürgerinitiativen? .....	12
4. Der Zivile Ungehorsam .....	17
5. Die Energieversorgungsunternehmen .....	25
6. Die Widerstandsmethode Stromgeldverweigerung und ihr politischer Zusammenhang ....	32
7. Skizze einer Kampagne - Organisationsvorschlag für die Stromgeldverweigerung ....	38
8. Mögliche Konsequenzen und wie man ihnen vielleicht begegnen kann	
a) Juristische Aspekte .....	42
b) Mögliche Maßnahmen im Fall von Stromsperrungen .....	48
9. Erfahrungen aus ähnlichen Kampagnen	
a) Verweigerung der Kalkar-Steuer in Holland .....	52
b) Der Kampf gegen die Erhöhung von Fahr- und Strompreisen in Italien .....	54
c) Stromgeldverweigerung in Frankreich .....	59
d) Steuerverweigerung in den USA .....	61
10. Die Stromgeldverweigerung ist nur ein Bestandteil unserer Arbeit .....	63
11. Dokumentation: Stromgeldverweigerung in Hamburg .....	66
12. Literaturhinweise .....	73
Wichtige Adressen, Hinweise, Liste der Mitherausgeber .....	83



Vorwort

"Wenn aber das Gesetz so beschaffen ist, daß es notwendigerweise aus dir den Arm des Unrechts an einem anderen macht, dann, sage ich dir, brich das Gesetz!"

Henry David Thoreau

Auch im Kampf gegen die Nutzung der Atomenergie müssen wir Erfahrungen machen und aus ihnen lernen. Dies ist uns besonders deutlich geworden in den letzten Monaten bei den Auseinandersetzungen um die in Brokdorf und Grohnde geplanten Atomkraftwerke.

Diese Broschüre soll eine kleine Hilfe sein bei der Entwicklung gewaltfreier Methoden der Auseinandersetzung, wie wir sie in diesem Kampf gegen Umweltzerstörung und Wachstums-wahn und für ein besseres, menschenwürdigeres Leben brauchen.

Diese Broschüre ist allen gewidmet, die trotz aller Unannehmlichkeiten und Beschwerden in diesem Kampf nicht müde werden. Besonderen Dank sind wir der badisch-elsässischen Bevölkerung schuldig, die uns durch ihre Aktionen gegen das Bleiwerk in Marckolsheim und das Atomkraftwerk in Wyhl wachgerüttelt und auf die lebensgefährliche Zerstörung unserer Umwelt aufmerksam gemacht hat.

Wir danken auch denen, die uns bei der Entstehung dieser Broschüre durch ihre Fragen und ihre Kritik geholfen haben. Wir bitten auch weiterhin um Mitarbeit. Anregungen und Erfahrungen werden bei einer Neuauflage dieser Broschüre Berücksichtigung finden.

Dortmund/Welver im Mai 1977

Theo Hengesbach  
Michael Schweitzer

Vorwort zur 2. Auflage

"Du kannst wählen zwischen der Wahrheit und der Ruhe, aber beides zugleich kannst du nicht haben."

Ralph Waldo Emerson

Die erste Auflage dieser Broschüre hat sich überraschend schnell verkauft. Sogar aus dem Ausland und aus Übersee sind Bestellungen bei uns eingegangen. Daher haben wir uns entschlossen, eine Neuauflage zu drucken und bei dieser Gelegenheit auch eine Reihe von Verbesserungen und Erweiterungen vorzunehmen. So hoffen wir nun, manches von dem nachgeholt zu haben, was fertigzustellen für die erste Auflage wegen des damaligen starken Zeitdruckes nicht möglich war.

Inzwischen ist die Stromgeldverweigerung ins Rollen gekommen. Die meisten Erfahrungen sind wohl in der Bundesrepublik bisher von der Hamburger Initiative Kirchliche Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion gemacht worden. Einiges davon dokumentieren wir im Anhang. Aber auch in anderen Städten hat die Aktion begonnen, und es treffen schon Anfragen ein aus ganz Europa und den USA. In diesem Zusammenhang sei noch einmal daran erinnert, daß die beigefügte Kontakt-adressenliste auch den Erfahrungsaustausch untereinander fördern soll.

Wir wissen, daß wir den Kampf gegen Umweltzerstörung und für menschen- und naturgerechte Lebensmöglichkeiten langfristig führen müssen. Wir wünschen uns allen dazu die nötige Standhaftigkeit.

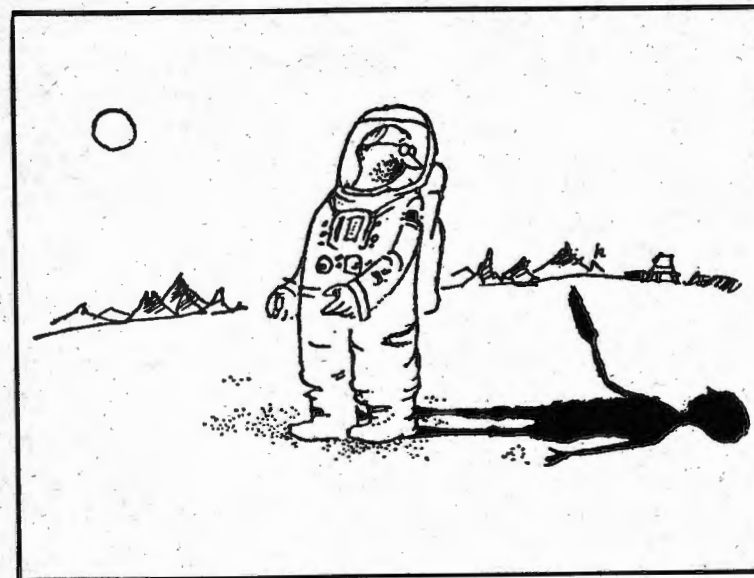
Dortmund/Jugenheim im April 1978

Theo Hengesbach  
Michael Schweitzer

## 1. Ein Kampf um das Überleben

So wie die Nutzung der Atomenergie nur ein extremes Beispiel für den verantwortungslosen Umgang des Menschen mit seiner Umwelt ist, so ist auch die Arbeit der Bürgerinitiativen im Umweltschutz erst ein Anfang von dem, was noch getan werden muß. Man wird nämlich immer deutlicher erkennen müssen, daß all die Probleme, die die Menschheit heute bedrängen, miteinander zusammenhängen und keinesfalls als vereinzelte Phänomene angesehen werden dürfen. Die Bevölkerungsexplosion, der Hunger, die Energie- und Rohstoffverschwendung, die Umweltzerstörung, der Rüstungswettkampf, die Arbeitslosigkeit und schließlich die politische Unterdrückung der Menschen in immer noch den meisten Ländern der Erde - all das hängt in Ursachen und Auswirkungen zusammen. Nur wenn dies auch bei der Suche nach einer Lösung der Probleme beachtet wird, kann man überhaupt einer Lösung nahekommen.

Eine Lösung für die genannten Probleme kann man erst dann finden, wenn man bereit ist, auch die Dinge in Frage zu stellen, die uns bisher als Errungenschaften des Fortschritts nahezu unangreifbar gewesen sind. So gilt es zu erkennen, daß die Hauptschuldigen an der gegenwärtigen Lage ohne Zweifel die Industrieländer sind, deren Reichtum aus der Verknechtung und Ausbeutung der Länder der Dritten Welt entstanden ist. Mit dem Aufstieg des Westens ist untrennbar der Abstieg der Länder der Dritten Welt verbunden. Wir kommen auch nicht umhin zu erkennen, daß die Entstehung der jetzigen katastrophalen Lage ohne Wissenschaft und Technik unmöglich gewesen wäre. Der Fortschritt ist also nicht von vorneherein etwas Segensreiches für die Menschheit, genauso gut kann er auch ihr Verderben werden. Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, wie radikal wir denken müssen, wenn wir uns nicht in unser Schicksal ergeben, sondern die Gegebenheiten verändern wollen.



Zeichnung: Vladimir Rencin

Es sind kaum Anzeichen dafür erkennbar, daß die herkömmlichen politischen Gremien die Ursachen und Zusammenhänge der aktuellen Probleme erkennen. Noch viel weniger gibt es Anzeichen dafür, daß die Politik zu einer radikalen Kursänderung bereit oder in der Lage wäre. Vielmehr steuert man den alten Kurs weiter, der uns ja gerade in die jetzige scheinbare Ausweglosigkeit geführt hat. Man ist nicht bereit, den alten Aberglauben an das alle Fragen lösende, unbegrenzte Wachstum aufzugeben. Auch im Bereich der Entwicklungshilfe für die Länder der Dritten Welt ist kaum zu sehen, daß hier wirkliche Lösungen erarbeitet werden. Es sieht nämlich mehr danach aus, daß man zunächst einmal alle Fehler, die die Industrieländer bei ihrer Entwicklung gemacht haben, dort wiederholen will. Die Zerstörung immer größerer Teile der Erde nicht nur im Umweltbereich, sondern z.B. auch im soziologischen oder kulturellen Bereich, ist die Folge. Die Gedankenlosigkeit und Verantwortungslosigkeit der Menschheit hat uns an den Rand des kollektiven Selbstmordes geführt. Die Frage nach einer Hoffnung für die Zukunft ist wichtiger denn je.

In der seit einigen Jahren aufblühenden Bürgerinitiativen-Bewegung sahen und sehen viele Menschen einen Hoffnungsschimmer. Schließlich war es schon lange her, daß in der Bundesrepublik Tausende von Bürgern ihre Verantwortung für die Ereignisse um sie herum erkannten und wahrzunehmen versuchten. Und war nicht auch erkennbar, daß das Engagement der Bürger vielleicht erst bei Fragen der Atomenergie anfang, daß man aber doch sehr schnell feststellte, daß an diesem einen Problem noch sehr viele andere hingen, um die man sich ebenfalls kümmern mußte? Aber gleichzeitig waren auch die Skeptiker da, die vor einer Überschätzung der Bürger-Bewegung warnten und dafür auch gute Gründe anführen konnten.

Die Wahrheit wird - wie so oft - auch hier etwa in der Mitte liegen. In der Tat ist die gegenwärtige Bürgerinitiativen-Bewegung etwas, was es bisher noch kaum gegeben hat. Daß sich so viele Menschen über Jahre hinweg politisch betätigen und sich damit in Gegensatz zu fast allen etablierten gesellschaftlichen Gruppierungen setzen, das ist für ein Land, dessen Bürger als obrigkeitshörig verschrien sind, in der Tat etwas Besonderes. Doch muß man sich darauf einstellen, daß der "Boom", den die Bürgerinitiativen zur Zeit noch erleben, langsam wieder abflauen wird. Der Druck, der von politischen Gremien auf die Bürger ausgeübt wird, wird sicher nicht ohne Wirkung bleiben. Auch werden viele Menschen wieder mutlos werden, wenn sie nicht sofort die Früchte ihrer Arbeit erkennen

können. Doch kann man mit gutem Grund hoffen, daß nicht alles von dem, was sich in der jüngsten Vergangenheit an Erkenntnissen und Erfahrungen für die Bürger ergeben hat,



wieder verloren gehen wird. Zu viele Menschen wissen zuviel von der Realität, als daß es wieder werden könnte wie "vorher".

Der zukünftige Kampf wird allerdings einige Bedingungen zu erfüllen haben, wenn er einer Lösung unserer Probleme nahekommen will. Zum einen muß man sich auf langfristige Arbeit über einen Zeitraum von Jahrzehnten hinweg einstellen. Man kann in Jahrhunderten gewachsene Fehlentwicklungen nicht von heute auf morgen korrigieren. Es wird auch nicht darauf verzichtet werden können, die internationale Zusammenarbeit weiter zu steigern, vor allem auch die Zusammenarbeit mit anderen Kulturkreisen auf der Erde, wo wir oftmals ein völlig anderes Verhältnis der Menschen zur Natur entdecken können. Verstärkte Zusammenarbeit ist auch nötig zwischen den Aktivgruppen und Gleichdenkenden in der Wissenschaft. Die Arbeit existierender Institute ist zu nutzen, neue sind zu schaffen. Die gefundenen Alternativen dürfen nicht nur auf dem Papier existieren, sondern sind in die Tat umzusetzen. Dabei müssen die demokratischen und dezentralen Strukturen der Bürger-Bewegung gewahrt bleiben und sogar ausgebaut werden. Die Unabhängigkeit von mächtigen Interessengruppen welcher Art auch immer ist energisch zu verteidigen. Schließlich ist das Festhalten an den Methoden der gewaltfreien Aktion im Widerstand und bei der Verwirklichung der eigenen Ziele ein unabdingbarer Faktor, der nicht aufgegeben werden darf.

So wie der Kampf gegen die Atomenergie nur ein Teil der von uns zu leistenden Arbeit ist, so ist auch die Stromgeldverweigerung, um die es in diesem Heft hauptsächlich geht, nur eine Möglichkeit unseres Vorgehens. Doch wenn wir sorgfältig sind, werden wir aus dieser Aktion vieles lernen können. Und zu lernen haben wir eine ganze Menge, wie uns besonders deutlich wird, wenn wir eine kleine Rückschau halten auf die Ereignisse der letzten Jahre.

## 2. Der Widerstand gegen die Atomenergie von Wyhl bis Kalkar

Nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, sondern fast für die ganze Welt ist Wyhl, der kleine Ort am Kaiserstuhl, zu einem Symbol für den Kampf gegen die Atomenergie und die Umweltzerstörung schlechthin geworden. Die dort erfolgreich durchgeführte Bauplatzbesetzung hat entscheidend zur Verhinderung des geplanten Atomkraftwerkes beigetragen. Das Beispiel Wyhl hat, zusammen mit den beiden anderen Beispielen aus dem "Dreyländereck" Markkolsheim und Kaiseraugst, vielen Menschen die Augen geöffnet und sie ermutigt, sich ihrerseits die Erklärung der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen zu eigen zu machen, in der es heißt: "... Deshalb haben wir beschlossen, den vorgesehenen Bauplatz zu besetzen, sobald dort mit dem Bau begonnen wird. Wir sind entschlossen, der Gewalt, die uns mit diesem Unternehmen angetan wird, gewaltlosen Widerstand entgegenzusetzen."



"Schau, dort liegen die entwickelten Gebiete."

Bei den folgenden Aktionen stellte sich allerdings heraus, daß die Orientierung am Beispiel Wyhl auch zu einer als negativ zu beurteilenden Fixierung auf das Widerstandsmittel Bauplatzbesetzung geführt hatte. Die Folgen lagen auf der Hand: während sich die Atomindustrie und der Staatsapparat schnell darauf eingestellt hatten, Bauplatzbesetzungen auch mit brutaler Gewalt zu verhindern, hielten weite Teile der Bürgerinitiativen immer noch am Mythos Platzbesetzung fest, ohne wahrhaben zu wollen, daß sie sich auf eine von der Gegenseite diktierte, nahezu ausschließlich militaristische Form der Auseinandersetzung eingelassen hatten. Es war erschreckend zu beobachten, wie sehr sich die zur Platzbesetzung Entschlossenen in jeder Hinsicht der Gegenseite in ihrem autoritären, gewaltsamen Erscheinungsbild anpaßten - sei es in der Kleidung, in der Sprache oder im Auftreten. Während im Widerstand gegen das Atomkraftwerk Wyhl noch Menschen jeden Alters und Geschlechts ihren aktiven und spezifischen Beitrag zum Gelingen der Aktionen beitrugen konnten, war die Auseinandersetzung um die Atomkraft zumindest zeitweise zu einer Angelegenheit geworden, deren Regelung in "offener Feldschlacht" von zwei unversöhnlichen Heeren ausgegetragen wurde. So wurde es wenigstens in den Medien dargestellt, und Staat und Atomindustrie hatten auch ein ureigenes Interesse daran, daß diese Darstellungsweise möglichst lange beibehalten wurde. So war es schließlich im September 1977 bei der großen Demonstration gegen den "Schnellen Brüter" in Kalkar soweit gekommen, daß im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses nicht mehr der Demonstrationsgegenstand, sondern allein die Frage, ob es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen käme, stand.

Parallel zu der aufgezeigten Entwicklung der Auseinandersetzung um die Atomenergie konnte man einen Umschwung in der öffentlichen Meinung feststellen. Hatten die Bauplatzbesetzung in Wyhl und auch die beiden ersten Demonstrationen in Brokdorf im Herbst 1976 den



Bürgerinitiativen bei der Presse und in der Öffentlichkeit noch Sympathien eingebracht - vor allem wegen des brutalen, unangemessenen Vorgehens der Polizei -, so war doch bei allen späteren Großaktionen eine Reserviertheit sowohl bei der direkt betroffenen Bevölkerung als auch bei der größeren Öffentlichkeit festzustellen. Auch die Presse zeigte deutlich ihre Zweifel am Zweck und der Durchführung verschiedener Aktionen. Wenn dies auch nicht der alleinige Maßstab für den Widerstand der Bürger sein kann, so hat es doch vielen Menschen zu denken gegeben. Die Frage, ob die Bürgerinitiativen bei ihren Aktionen im Notfall auch zur Gewaltanwendung greifen dürfen, wurde und wird sowohl innerhalb als auch außerhalb der Bürgerinitiativen heftig diskutiert.



### 3. Gewaltsamer Widerstand - Ausweg oder Ende der Bürgerinitiativen?

Die Diskussion um die Gewaltanwendung erstreckt sich auf viele verschiedene Ebenen. Es müssen dabei die folgenden Fragen bedacht werden: 1. Kann eine gewaltsame Auseinandersetzung überhaupt zum Erfolg für die Bürgerinitiativen führen? 2. Was bedeutet Gewaltanwendung für die gewünschte Mobilisierung der Bevölkerung? 3. Welche politische Folgen bringt Gewaltanwendung mit sich?

Die erste Frage kann leicht beantwortet werden. Am Beispiel der Auseinandersetzungen um das Atomkraftwerk Grohnde im März 1977 war schon den meisten Menschen deutlich geworden, daß eine hochbewaffnete und -spezialisierte Polizeimacht den Bürgern in jeder direkten Konfrontation weit überlegen ist. Der Polizeieinsatz anlässlich der Demonstration gegen den "Schnellen Brüter" in Kalkar im Herbst 1977 bewies, daß die Polizei darüberhinaus auch noch Versammlungen von zigtausenden von Menschen extrem behindern und somit fast undurchführbar machen kann, wenn es ihr politisch möglich und ratsam erscheint. Dies ist auf jeden Fall der Fall, wenn man auf angeblich geplante Gewalttaten seitens der Demonstranten verweisen kann. Derartigen Unterstellungen kann man glaubwürdig nur dadurch vorbeugen, daß man im gesamten Widerstand eine gewaltfreie Strategie verfolgt.

Es kann weiterhin davon ausgegangen werden, daß die gewünschte zunehmende Mobilisierung der Bevölkerung gegen die Zerstörung der Umwelt durch eine Militarisierung des Konfliktes gefährdet wird. Zum einen verlieren die Bürgerinitiativen ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie zum Schutz des Lebens antreten, dabei aber ihrerseits Leben gefährden. Die Diskrepanz zwischen dem Ziel, dem Schutz jeglichen Lebens, und dem zeitweise angewandten Mittel der Gewaltanwendung, also der Gefährdung des Lebens anderer, wurde in der Öffentlichkeit mit großer Sensibilität erkannt. Bürger, die gegen die traditionellen politischen Entscheidungsgremien aufbegehren, werden von der Öffentlichkeit mit sehr viel mehr Argwohn und Wachsamkeit beobachtet als etwa die Polizei als Instrument der weithin anerkannten Staatsgewalt. Dies mag ungerecht erscheinen - da man der einen Seite ihre Fehler schwerer anrechnet als der anderen -, ist aber andererseits auch ein wirksames Instrument der Selbstkontrolle der Bürgerinitiativen.

Die Mobilisierung der Bevölkerung ist auch noch deshalb gefährdet, weil gewaltsame Auseinandersetzungen nur für bestimmte Altersgruppen möglich sind. Diese würden entscheidend das Gesamtbild der Bürger-Bewegung prägen, das der Öffentlichkeit über eine sensationsorientierte Presse vermittelt wird. Selbst wenn diejenigen, die keine gewaltsame Austragung des Konfliktes führen wollen, andere Möglichkeiten des Engagements finden könnten, hätten sie keine Chancen zur Identifikation mit der Gesamtbewegung mehr. Es wird zu Recht von den Bürgern, die sich engagieren wollen, erwartet, daß es gewisse Spielregeln der gemeinsamen Arbeit gibt, daß also jeder ungefähr weiß, worauf er sich einläßt. Schließlich geben Menschen, die mit den Bürgerinitiativen gegen die Umweltzerstörung und für ein menschengerechteres Leben kämpfen, viel von ihrer "bürgerlichen Sicherheit" auf. Der Wunsch nach einem neuen Halt, nicht zuletzt bei der Frage der Gewaltanwendung, ist nur zu verständlich.



Die Diskussionen um die Gewaltfrage dürfen auch eine weite politische Perspektive nicht außer Acht lassen. Dabei muß gefragt werden, in welchem politischen Rahmen die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Atomenergie und die damit zusammenhängenden Probleme zu sehen sind. Seit vielen Jahren ist zu beobachten, daß die Bundesrepublik sich immer mehr zu einem Überwachungsstaat entwickelt. Eine solche Tendenz scheint allen Staaten an sich innezuwohnen, wobei es in der Bundesrepublik noch eine Reihe spezifischer Faktoren gibt, die auch von anderen Ländern der westlichen Welt argwöhnisch beobachtet werden. Der Staat versucht, immer mehr überwachend und reglementierend in das Leben des Einzelnen einzugreifen, wodurch die natürlichen Freiheitsräume der Menschen naturgemäß immer begrenzter werden. In den letzten Jahren ist dies der breiten Öffentlichkeit eigentlich erst durch die Abhöraffaire um den Naturwissenschaftler Traube bewußt geworden. Weitere Abhörfälle, die bei weitem noch nicht alle aufgeklärt sind und auch vielleicht niemals aufgeklärt werden, sowie die im Zuge der Terrorismusbekämpfung diskutierten Gesetzesvorschläge aller Bundestagsparteien wie z.B. das Bundesmeldegesetz sind alarmierende Zeichen einer Entwicklung, deren Gefahr leider von noch zu wenigen Bürgern erkannt worden sind. Diese Entwicklung ist untrennbar mit der Entwicklung der modernen Technik verbunden, sie wird durch die Technik nötig und möglich. Nötig, weil eine derart komplizierte Technologie, wie sie etwa die Atomenergie darstellt, größtmögliche Sicherheitsmaßnahmen erfordert, und möglich, weil neuartige elektronische Geräte die Überwachung von Menschen zu einem Routinegeschäft werden lassen. Einige Menschen fühlen sich an George Orwells Schreckensvision "1984" erinnert. Der Zukunftsforscher Robert Jungk prägte dafür den Begriff "Atomstaat", wobei er sich wohl an Eugen Kogons Buch "Der SS-Staat" anlehnte. In der Tat wird der "Atomstaat", womöglich gelenkt von einer "atomaren Priesterschaft" in Zusammenarbeit mit besonderen Elitemannschaften, wie



es dem US-Wissenschaftler Alvin Weinberg vorschwebt, auf seine Art genauso schlimm, wenn nicht schlimmer werden, als der "SS-Staat" es war.

Politisch motivierte Gewalt wirkt bei solchen Entwicklungen immer beschleunigend. Man kann dies in allen Ländern der Erde immer wieder beobachten. Auch in der Bundesrepublik mußte und muß politisch motivierte Gewalt als Vorwand herhalten für Gesetzesverschärfungen und -neueinführungen, deren realer Wert für die Bekämpfung des angeblich ursächlichen Übels meist minimal ist. Die Gefahr des Mißbrauchs aber ist meist sehr groß, und es gibt für solchen Mißbrauch auch schon warnende Beispiele.

Welche Folgerungen ergeben sich nun daraus für die Ökologie-Bewegung? Die Bürgerinitiativen dürfen bei ihren künftigen Aktionen des Widerstandes gegen Fehlentwicklungen und der Durchsetzung ihrer positiven Ziele keinerlei Gewaltanwendung mehr zulassen. Die bisherigen Fälle müssen Ausnahmen bleiben. Versuchen der Gegner, die Bürgerinitiativen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zu provozieren, müssen diese standhaft widerstehen. Selbst wenn sie von der Gegenseite Gewalt erdulden müssen, sollen sie versuchen, dieser Gewalt auszuweichen oder sie zu ertragen, anstatt zur Gegengewalt zu greifen. Der Verzicht selbst auf das Notwehrrecht ist wesentlicher Bestandteil der gewaltfreien Aktion. Wohl nur so werden die Bürgerinitiativen ihre Glaubwürdigkeit bewahren und gegen Verleumdungen des Gegners gewappnet sein. Die gewaltfreie Aktion bietet durch ihre Vielzahl von Widerstandsmöglichkeiten einer sehr großen Zahl von Menschen verschiedene Möglichkeiten des Engagements. Dies erhöht die Effektivität der Arbeit und trägt zu ihrer Verbreiterung bei. Schließlich kann eine gewaltfreie Bewegung auch ihre Irrtümer eher korrigieren, als es eine Bewegung tun könnte, die durch Gewaltanwendung irreparable Schäden an Gesundheit oder Leben anderer Menschen verursacht hat. Daß Gewaltfreiheit nicht mit Legalität oder Passivität verwechselt werden darf, wissen wir aus der Geschichte und aus eigenen Erfahrungen.

#### 4. Der Zivile Ungehorsam

Ziviler Ungehorsam hat in Deutschland wenig Tradition. Nur wenige Aktionen zivilen Ungehorsams sind bekannt, und es gibt kaum Bücher oder theoretische Abhandlungen über dieses Thema. Die einzige längere Abhandlung über Zivilen Ungehorsam ist der aus den USA importierte Essay "Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat" von Henry David Thoreau. Wer die zehn oder mehr Bücher über Zivilen Ungehorsam kennt, die in den USA zur Zeit des Vietnam-Krieges veröffentlicht wurden, wird sich dieses Mangels besonders bewußt, wenn er z.B. den fünf Seiten langen Beitrag "Recht auf bürgerlichen Ungehorsam" von P. C. Mayer-Tasch im Fischer-Taschenbuch "Energiepolitik ohne Basis" liest.

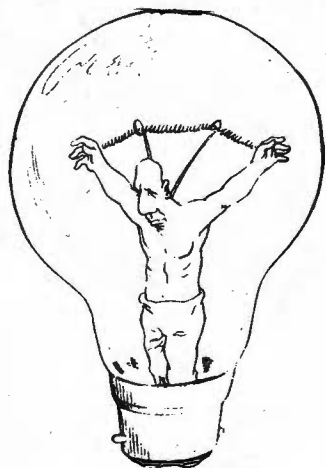
Fragen, die bei der Behandlung des Zivilen Ungehorsams auftauchen, sind:

1. Was ist Ziviler Ungehorsam?
2. Unter welchen politischen und sozialen Bedingungen wurden Aktionen des Zivilen Ungehorsams durchgeführt, also: warum wird Ziviler Ungehorsam begangen?
3. Wie läßt sich Ziviler Ungehorsam rechtfertigen?
4. Wie hat sich Ziviler Ungehorsam entwickelt?
5. Wie ist die Wirkungsweise Zivilen Ungehorsams?
6. Welche Anforderungen werden an Teilnehmer von Aktionen Zivilen Ungehorsams gestellt, welche Risiken nehmen sie auf sich und wie kann den Risiken in einer Bewegung Rechnung getragen werden?

Diese Fragen können hier jedoch nicht alle behandelt werden. Daher sollen nur einige wenige Punkte herausgegriffen und kurz dargestellt werden.

Zunächst zur Frage: Was ist eigentlich Ziviler Ungehorsam? Dies soll anhand von Äußerungen von Personen erörtert werden, die solche Aktionen organisiert, an ihnen teilgenommen und über sie geschrieben haben.

Wenn man die Literatur nach solchen Erörterungen oder gar Definitionen hin durchsieht, wird man feststellen, daß selbst unter Anhängern des Zivilen Ungehorsams keine einheitliche Meinung darüber besteht, welche Art von Aktionen eigentlich dazu zählen. So hat Howard Zinn, einer der Historiker der gewaltlosen Bewegung, in seinem Buch "Disobedience and Democracy" ("Ungehorsam und Demokratie") eine recht umfassende Definition vorgeschlagen: "Die absichtliche Verletzung eines Gesetzes für einen lebenswichtigen gesellschaftlichen Zweck". Diese Definition berücksichtigt nicht die Faktoren der Gewaltlosigkeit, der Offenheit und die Bereitwilligkeit, eine Strafe auf sich zu nehmen. Diese Faktoren werden von den wichtigsten Vertretern des Zivilen Ungehorsams wie Gandhi, King und Thoreau als wesentlich angesehen. Aufgrund ihres Verständnisses könnte etwa folgende Definition gelten: "Ziviler Ungehorsam ist eine öffentliche und gewaltlose Verletzung eines Gesetzes, bei der man sich nicht der Bestrafung durch die staatlichen Behörden zu entziehen trachtet".



Warum sprechen wir nun von Zivilem Ungehorsam und nicht von Bürgerlichem Ungehorsam? Das Wort zivil hat zwei Bedeutungen. Es bedeutet bürgerlich in dem Sinne, daß ein Gesetz der Bürgerschaft des Staates übertreten wird. Dabei geschieht die Übertretung mit Absicht. Der Berühmte Busboykott von Montgomery war demnach keine Aktion

Zivilen Ungehorsams, denn als der Boykott begann, wußte niemand, daß es ein altes Gesetz im Staate Alabama gab, das einen Boykott untersagte. Die Verletzung des Gesetzes war zufällig. Neben der Bedeutung bürgerlich gibt es noch eine zweite. Kumarappa hat die folgende Erklärung gegeben, wie Gandhi das Wort zivil gebrauchte: "Zivil, weil er ein gewaltloser Widerstand von Menschen ist, die gewöhnlich gesetzestreue Bürger sind; auch weil die Gesetze, denen sie nicht gehorchen wollen, nicht moralische Gesetze sind, sondern weil sie den Menschen schädlich sind. Er ist zivil auch in dem Sinne, daß diejenigen, die das Gesetz brechen, die größte Höflichkeit und Rücksicht gegenüber denen beachten sollen, die das Gesetz vertreten. Sie sollen sogar nicht danach trachten, den Gegner in Verlegenheit zu bringen, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet". Gandhi schreibt: "Daher müssen wir vollen und größeren Wert auf das Adjektiv höflich legen als auf Ungehorsam. Ungehorsam ohne Höflichkeit, Disziplin und Gewaltlosigkeit ist sicher Zerstörung."

Das Wort zivil im Sinne von bürgerlich bedeutet auch, daß der Ungehorsam öffentlich sein muß, denn als Bürger ist man Mitglied eines politischen Gemeinwesens. Die Öffentlichkeit wiederum folgert aus der Gewaltlosigkeit, d.h. der Identität von Ziel und Mittel. Das Ziel der Offenen Gesellschaft kann nicht mit Mitteln der Verschwörung erreicht werden, indem der Bürger Geheimorganisationen gegen den Staat (s. RAF) organisiert oder der Staat Geheimorganisationen gegen die Bürger (s. Verfassungsschutz, MAD usw.). Aus der Bedeutung bürgerlich und höflich sowie der Öffentlichkeit und Gewaltlosigkeit des Zivilen Ungehorsams folgert, daß man sich einer Verhaftung oder Bestrafung nicht durch Verbergen entzieht. Unterwerfung unter das Gesetz bedeutet allerdings nicht, daß man eine Strafe bedingungslos hinnimmt, sondern nur, daß man auf illegale Mittel der Verteidigung verzichtet.

Ein notwendiger Bestandteil des Zivilen Ungehorsams ist die Gewaltlosigkeit. Dabei ist es gleich, ob es sich um die prinzipielle Gewaltlosigkeit eines Gandhi oder um die Gewaltlosigkeit der Zweckmäßigkeit eines Nehru handelt. Umstritten ist die Nichtzusammenarbeit bei der Verhaftung, da sie oft als Widerstand gegen die Staatsgewalt ausgelegt wird und vielleicht auch nicht dem Merkmal der Höflichkeit entspricht. Im Allgemeinen jedoch läßt sich die Nichtzusammenarbeit (also wenn die Beamten die Demonstranten bei der Verhaftung wegtragen) mit den Kriterien des Zivilen Ungehorsams vereinbaren.

Eines der wichtigsten Merkmale des Zivilen Ungehorsams ist die Tatsache, daß die Demonstranten ihren persönlichen moralischen Maßstab oder den einer Minderheit im politischen Bereich geltend machen, daß sie diesem Maßstab öffentliche Geltung verschaffen wollen. Ziviler Ungehorsam ist also eine Aktion, um die Kluft zwischen einem Gesetz und moralischen Maßstäben, zwischen positivem Recht, also dem staatlichen Gesetz, und Gerechtigkeit deutlich zu machen und in dieser Sache eine gesellschaftliche Veränderung zu verlangen.

Es wäre sehr verführerisch, an dieser Stelle auf aktuelle Ereignisse der Bürgerinitiativen-Bewegung einzugehen, um anhand verschiedener Beispiele die unterschiedliche und größere Wirkungsweise Zivilen Ungehorsams in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, und zwar vor allem da, wo es um Konflikte mit den Gesetzen geht. Nur ein Hinweis sei gegeben auf eine wohl etwas un-



erwartete Wirkungsweise zivilen Ungehorsams.

Mehr als bei anderen sozialen oder politischen Konflikten entsteht bei Aktionen Zivilen Ungehorsams an die Aktionsteilnehmer die Anforderung zu konstruktiver Arbeit. Ziviler Ungehorsam ist darum oft ein Antrieb für schöpferische Kräfte, die dazu beitragen, neue gesellschaftliche Institutionen zu schaffen, die die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Menschen erweitern. Die Telefonsteuerungsverweigerung in den USA (s. Kapitel 9) ist ein Beispiel dafür. Der Befreiungskampf der Inder gegen britische Herrschaft ist ein anderes und für uns besonders interessant, weil dort eine Reihe von Problemen auftauchten und gelöst werden mußten, die bei uns im Kampf gegen die Atomenergie auch aufgetaucht sind. Das Industrieland England konnte Waren billiger liefern als sie in Indien produziert werden konnten. Indien war nur Rohstofflieferant, und die indischen Arbeiter waren arbeitslos. Gandhis konstruktives Programm mußte - in Verbindung mit Boykott und Widerstandsaktionen - Lösungen enthalten wie Indiens arbeitslose Massen zu Arbeit und Brot kommen konnten. Seine Haltung zur Technik wirkt in diesem Zusammenhang angesichts der Ideen von der angepaßten Technologie geradezu aktuell. Sein Konzept von Swaraj, von Selbstregierung, beinhaltete die Vorstellung eines geeinten Indiens in der Form von sich selbst regierenden Dorfrepubliken, die wirtschaftlich möglichst autark sein sollten. Dies ist eine Vorstellung, die im Regionalismus unserer heutigen industriellen Gesellschaft verwandte Seiten findet.

Die Frage der Rechtfertigung von Aktionen Zivilen Ungehorsams ist außerordentlich wichtig, aber auch besonders schwierig. Neben der tatsächlichen Handlung ist die Erklärung und Rechtfertigung dieser Handlung ein wesentlicher Bestandteil Zivilen Ungehorsams, denn es ist von größter Wichtigkeit, sich den Mitmenschen mitzuteilen, um ihnen die Dringlich-



keit eines Problems vor Augen zu führen. Man kann vielleicht noch weiter gehen und sagen, daß eine Pflicht zur Rechtfertigung besteht, denn jeder Mensch ist ein politisches Wesen, er ist Bürger unter anderen Bürgern, und wenn jemand ein Gesetz verletzt, das die Mehrheit der Bürger für gerecht hält, so kann man sagen, daß daraus die Pflicht erwächst, diese Verletzung zu rechtfertigen.

Die Rechtfertigung bringt meist fast unüberwindliche Hindernisse mit sich, selbst wenn das Gericht, vor dem die Rechtfertigung unter anderem stattfindet, und der Angeklagte an einen gemeinsamen höheren Richter oder Maßstab appellieren können. In der Bundesrepublik Deutschland könnte das die Verfassung sein, die ja ausdrücklich das Recht auf Widerstand garantiert (Art. 20 IV GG). In der Tat entstehen hier, wie die Erfahrung zeigt, jedoch enorme Schwierigkeiten, die mit unterschiedlicher Interpretation von Gesetzen anfangen und mit Machtfragen enden, denn Rechtsfragen sind bekanntlich auch Machtfragen, die sich allerdings durch Kämpfe ändern lassen. Selten haben Regierungen dem Volk Freiheiten und Rechte ohne Kämpfe gewährt. Aufgrund dieser Schwierigkeiten berufen sich viele Aktionsteilnehmer als Endglied ihrer Argumentation auf ihr Gewissen oder einen höheren Richter jenseits dieser Welt. Die Rechtfertigung wird auf moralische oder religiöse Ebenen verlagert und so noch schwieriger als auf der Ebene des positiven Rechts.



Die Wirkungsweise des Zivilen Ungehorsams entsteht unter anderem dadurch, daß ein hohes Maß an Ernsthaftigkeit deutlich wird, und zwar vor allem dadurch, daß Strafen bereitwillig hingenommen werden. Die Kam-

pagnen der Kriegsdienstverweigerer in Europa in den vergangenen Jahrzehnten haben auf diese Weise in einem Land nach dem anderen die Anerkennung ihrer Rechte durchgesetzt. Diese Ernsthaftigkeit ist es unter anderem, die als Appell in die Öffentlichkeit hinein wirkt und Veränderungen bewirkt.

In den Aktionen des Zivilen Ungehorsams kommt aber auch ein Verständnis von Demokratie zum Ausdruck, das über das einer repräsentativen Demokratie hinausgeht, was man in manchen Rechtfertigungen nachlesen kann. Das bringt uns zu der Frage, wie sich Ziviler Ungehorsam entwickelt hat.

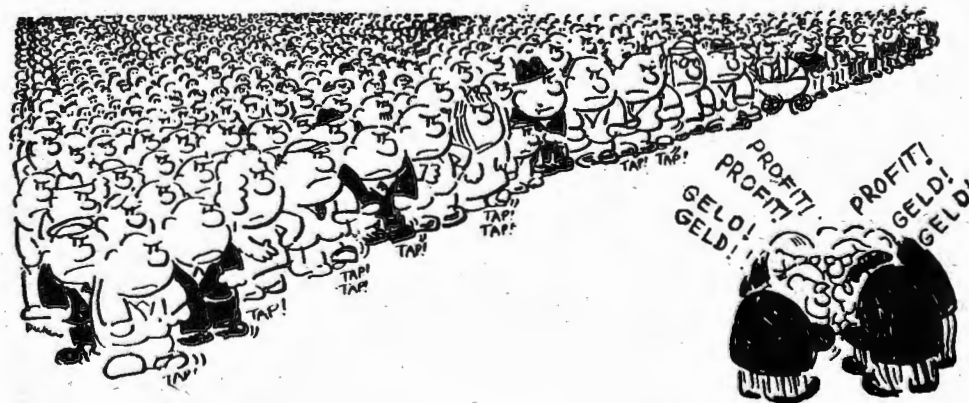
Während der Feudalzeit war der Mensch nicht Bürger eines politischen Gemeinwesens, sondern Untertan von Fürsten, denen ein von Gott verliehenes Recht auf Herrschaft über seine Untertanen zugebilligt wurde. Widerstand gegen einen Fürsten war nicht nur Widerstand gegen weltliche Herrschaft, sondern auch gegen Gott und somit praktisch unmöglich. Erst als sich die Auffassung durchsetzte, daß jeder Mensch unveräußerliche Rechte der Selbstbestimmung besitze, war Ungehorsam und Widerstand gegen die Autorität von Regierungen einsehbar und allgemein und von Massen praktizierbar. Ziviler Ungehorsam ist so gesehen erst mit dem Heraufkommen der Demokratie möglich, und die Anfänge Zivilen Ungehorsams fallen in die Zeit der Entstehung der Demokratie. Im Europa der Neuzeit war das im England des 17. Jahrhunderts. Bereits damals wehrten sich Teile des Volkes, z.B. die Levellers, gegen eine einfache Übertragung der Herrschaftsgewalt vom König auf das Parlament. Für sie bedeutete Selbstbestimmung nicht nur, die Regierenden zu wählen, sondern auch selbst zu regieren. Deswegen kündigten sie ihr Recht auf Widerstand gegen die Regierung des Unterhauses an und gründeten es auf ihr Gewissen.

In einer Zeit, in der in Deutschland Bürgerinitiativen das Recht des Bürgers auf mehr Selbstbestimmung durchsetzen wollen, ist es aufschlußreich, die Äußerungen der verschiedenen Konfliktpartner zu verfolgen. Zu den ersten Gruppen, die sich heute dadurch bedroht fühlen, zählen die Parteien, die ihr Monopol zum Regieren in Gefahr sehen. Daß die Regierung heute ihr Recht auf Regieren und besonders auf ein Regieren mit wachsenden Machtvollkommenheiten mit dem Hinweis auf die Staatsraison zu rechtfertigen sucht, ist ebenso uneinsichtig und irrational wie die Rechtfertigung des Regierens von Gottes Gnaden, denn Staatsraison heißt Staat um des Staates willen, Herrschaft um der Herrschaft willen. Die Arbeit der Bürgerinitiativen gibt dem Bürger als Individuum oder als Mitglied eines Stadtteils, einer Mietergruppe, einer Berufsgruppe, eines Dorfes oder einer Region ein höheres Maß an Selbstbestimmung. Nicht nur regiert zu werden, sondern mitzuregieren oder in größerem Maße sich selbst zu regieren gehört zu den unveräußerlichen Rechten eines jeden Menschen. In der Auseinandersetzung zwischen Bürgerinitiativen und Regierenden dient der Zivile Ungehorsam einer Gesellschaft, in der die demokratischen Elemente verstärkt werden.



## 5. Die Energieversorgungsunternehmen

Für den forcierten Ausbau der Atomindustrie in der Bundesrepublik sind hauptsächlich die Betreiber bzw. Eigentümer von Atomkraftwerken verantwortlich, also die Energieversorgungsunternehmen. Vor 40 Jahren gab es davon in Deutschland 16 000. Im Jahre 1955 bestanden in der Bundesrepublik noch 3 000, und im Jahre 1971 waren es schließlich nur noch 1 378. Heute rechnet man mit nicht mehr als 1 200 Energieversorgungsunternehmen. Davon sind 85 % Klein- und Kleinstunternehmen, die 8 bis 12 % der Stromabgabe bestreiten. Die Verbundgesellschaften - davon gibt es 10 - liefern 80 % der gesamten Stromabgabe. Man kann also behaupten, daß die Verbundgesellschaften den Strommarkt beherrschen. Nicht nur die von der Bundesregierung eingesetzte "Monopolkommission" kritisierte in ihrem ersten Pflichtgutachten 1976, daß es sich bei der Energiewirtschaft um einen "wettbewerbslosen Wirtschaftszweig" handelt, auch der Stromverbraucher merkt dies seit Jahren über den Strompreis. Die Verbundgesellschaften, die jeweils Gebietsmonopole haben, planen den Ausbau der Stromkapazitäten gemeinsam und setzen die Marktmechanismen wirksam außer Kraft. Die nach "betriebswirtschaftlicher Rentabilität" - sprich: Profit - ausgerichteten Prognosen und Planungen der Energieversorgungsunternehmen gehen dann direkt in die Energieprogramme der Bundesregierung ein.



Angesichts der Tatsache, daß der Staat der mit Abstand einflußreichste Kapitaleigner der Elektrizitätswirtschaft ist, kann von einer Kontrolle der Konzerne durch die Politiker im Sinne der privaten Verbraucher keine Rede sein.

Die Kapitalverflechtung mit dem Staat tritt in verschiedenen Formen auf: entweder ist die Bundesrepublik direkt als Bund beteiligt, wie bei der VEBA AG und deren Töchtern, oder indirekt durch ein Bundesunternehmen oder die Bundesländer.

Gemessen an der Stromversorgung ist die Rheinisch Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE) das wichtigste Energieversorgungsunternehmen in der Bundesrepublik. Der Staat besitzt hier durch stimmenbegünstigte Namensaktien die Stimmenmehrheit. Die RWE ist z.B. am Schnellen Brüter in Kalkar mit 68,85 % beteiligt. Sie besitzt auch Anteile an anderen E-Werken, etwa der VEW.

Die VEBA AG, die sich zu 40 % in Bundesbesitz befindet, ist das zweitwichtigste Energieversorgungsunternehmen. Ihr gehört die Preußenelektra, die bereits zwei Atomkraftwerke bauen bzw. betreiben will; sie ist außerdem Mehrheitsaktionär der Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK). Die NWK besitzt drei Atomkraftwerke und baut gemeinsam mit der Hamburgische Electricitätswerke AG (HEW) das Atomkraftwerk Brokdorf.

Ein Strukturmerkmal für die Verflechtung der Energieversorgungsunternehmen ist die Lieferverflechtung. So bestehen z.B. langfristige Verträge zwischen RWE und VEW einerseits und dem westdeutschen Steinkohlenbergbau andererseits.

Die Beteiligung der verschiedenen Energieversorgungsunternehmen an den Atomkraftwerken und ihre Eigentümer gehen aus der auf den nächsten Seiten abgedruckten Übersicht hervor.

### Betreiber und Bauherren von Atomkraftwerken

Name	Sitz	Beteiligt an	Gesellschafter (Beteiligung in %)
Arbeitsgemeinschaft Versuchreaktor GmbH (AVR)	Düsseldorf	AVR-Versuchsatomkraftwerk in Jülich	Stadtwerke Düsseldorf Aktiengesellschaft, Düsseldorf (20,82), ELEKTROMARK Kommunales Elektrizitätswerk Mark Aktiengesellschaft, Hagen (16,67), Stadt München (12,50), Stadtwerke Bremen Aktiengesellschaft, Bremen (12,50), Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover (8,32), Wuppertaler Stadtwerke AG, Wuppertal-Barmen (5,84), Stadtwerke Duisburg Aktiengesellschaft, Duisburg (5,00), Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg, Herford (4,17), Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Mannheim (4,17), Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen (2,50), Stadt Bonn (1,67), Elektrizitätswerk Wesertal GmbH, Hameln (1,67), Stadtwerke Krefeld AG, Krefeld (1,67), Oberhessische Versorgungsbetriebe Aktiengesellschaft, Friedberg (1,67), Stadtwerke Würzburg Aktiengesellschaft, Würzburg (0,83)
Badenwerk AG	Karlsruhe	Kernkraftwerke KWO, KKP-1 und -2, Kernkraftwerk Süd GmbH - über die Tochtergesellschaft KBG MZFR u. KNK	Land Baden-Württemberg (75,0)
Bayernwerke AG (BAG)	München	Kernkraftwerken VAK, KRB und KKI	Freistaat Bayern (60,0), Vereinigte Industrieunternehmen Aktiengesellschaft Berlin-Bonn (40,0)
Energie-Versorgung Schwaben AG (EVS)	Stuttgart	Kernkraftwerken KWO, KKP-1 und -2 und KWS	Zweckverband 'Oberschwäbische Elektrizitätswerke (43,26), Landeselektrizitätsverband Würt., Stuttgart



Name	Sitz	Beteiligt an	Gesellschafter (Beteiligung in %)
EURO-HKG	Hamm-Uentrop		(18,69), Gemeindeelektrizitätsverband Schwarzwald-Donau (13,69), Technische Werke der Stadt Stuttgart AG, Stuttg. (13,35), Land Baden-Württemberg (10,36)
Europäische Schnellbrüter Kernkraftwerksgesellschaft mbH	Essen	Bauherr des geplanten SNR-Folgeprojekts (SNR-2)	CEGB (Großbritannien), EDF (Frankreich) ENEL (Italien), SYNATOM (Belgien), HKG, RWE, VEW (BRD)
Gemeinschaftskernkraftwerk Grohnde Betriebsführungsgesellschaft mbH	Hamel	Kernkraftwerk Grohnde	Schnell-Brüter-Kernkraftwerksges. mbH (51,00) Ente Nazionale per l'Energia Elettrica (33,00) Electricité de France (16,00)
Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar GmbH	Neckarwestheim	Kernkraftwerk in Neckarwestheim (Neckar) Gemmrigheim	Preußische Elektrizitäts-AG, Gemeinschaftskraftwerk Weser GmbH
Gesellschaft für Kernforschung mbH	Karlsruhe		Deutsche Bundesbahn, Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-AG, Technische Werke der Stadt Stuttgart AG, Württembergische Portland-Cement-Werke zu Lauffen a. N.
Hamburgische Electricitäts-Werke AG (HEW)	Hamburg	Kernkraftwerke KKS, KKE, KKK und Brokdorf	Bundesrepublik Deutschland (90,0), Land Baden-Württemberg (10,0)
Hochtemperatur-Kernkraftwerk GmbH (HKG) - Gemeinsames Europäisches Unternehmen	Hamm-Uentrop	ThTR-Prototyp-Kernkraftwerk	Freie und Hansestadt Hamburg (rd. 75)
			Gemeinschaftskraftwerk Weser GmbH, Veltheim (26), Elektromark Kommunales Elektrizitätswerk Mark AG, Hagen (26), Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG, Dortmund (26), Gemeinschaftswerk Hattingen

Name	Sitz	Beteiligt an	Gesellschafter (Beteiligung in %)
Kernkraftwerk-Betriebsgesellschaft mbH (KBG)	Leopoldshafen	betreibt MZFR und KNK für die Gesellschaft für Kernforschung mbH	GmbH (12), Stadtwerke Aachen AG (5), Stadtwerke Bremen AG (5)
KFA JUELICH GMBH Kernforschungsanlage Jülich GmbH	Jülich		Badenwerk AG (100)
Kernkraftwerk Brokdorf GmbH	Hamburg	Kernkraftwerk Brokdorf	Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (50), Hamburgische Electricitäts-Werke AG (50)
Kernkraftwerk Brunsbüttel (KKB)	Hamburg	Kernkraftwerk Brunsbüttel (Elbe)	HEW (66 2/3), NWK (33 1/3)
Kernkraftwerk Hamm GmbH	Dortmund	Kernkraftwerk Hamm	VEW (74), Elektromark (26)
Kernkraftwerk Isar GmbH (KKI)	München	Kernkraftwerk Isar (KKI)	Bayernwerk AG (50), Isar-Amperwerke AG (50)
Kernkraftwerk Krümmel GmbH	Hamburg	Kernkraftwerk Krümmel	HEW (50, Federf.), NWK (50)
Kernkraftwerk Lingen GmbH (KWL)	Lingen	Kernkraftwerk Lingen (Ems)	VEW (66,75), Deutsche Bank, Commerzbank, Dresdner Bank, Westdeutsche Landesbank Girozentrale (zus. 31,25 zu gleichen Teilen)
Kernkraftwerk Niederaichbach GmbH (KKN)	München		Bayernwerk AG (100)

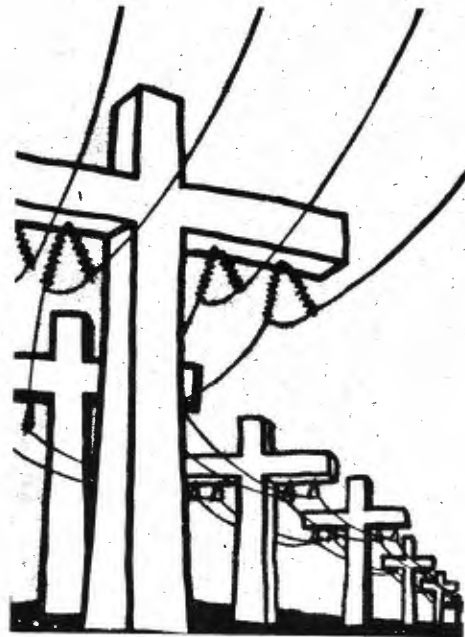
Name	Sitz	Beteiligt an	Gesellschafter (Beteiligung in %)
Kernkraftwerk Obrigheim GmbH (KWO)	Obrigheim	Kernkraftwerk Obrigheim	Energie-Versorgung Schwaben AG (35), Badenwerk AG (28), Techn. Werke der Stadt Stuttgart AG (14), Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-AG (10), Stadt Karlsruhe, Stadtwerke (5), Kraftübertragungswerke Rheinfelden (3), Stadt Ulm, Stadtwerke (2,2), Württ. Portland-Cement-Werke zu Lauffen a. N. (1,7), Stadt Heidenheim (Brenz), Stadtwerke (0,4), Alb-Elektrizitätswerke Geislingen a. d. Steige (eGmbH) (0,3), C. Klinglers Erben Elektrizitätswerke Nagold (0,2), Elektrizitätswerke Braunsbach eGmbH (0,1), A. Hessenthaler, Vaihingen/Enz (0,1)
Kernkraftwerk Philippsburg GmbH (KKP)	Philippsburg	Kernkraftwerk Philippsburg (Rhein)	Badenwerk AG (50), Energie-Versorgung Schwaben AG (50)
Kernkraftwerk RWE-Bayernwerk GmbH (KRB)	Gundremmingen ü. Günzburg	Kernkraftwerk Gundremmingen (Donau)	RWE (75), Bayernwerk (25)
Kernkraftwerk Stade GmbH (KKS)	Stade	Kernkraftwerk Stade (Elbe)	NWK (66 $\frac{2}{3}$ ), HEW (33 $\frac{1}{3}$ )
Kernkraftwerk Süd GmbH (KWS) - Ettlingen -	Karlsruhe	Plant Bau u. Betrieb eines Kernkraftwerkes auf Gemarkung Wyhl, Kreis Emmendingen	Badenwerk (50), EVS (50)
Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK)	Hamburg	Kernkraftwerke KKS, KKB, KKK, KKK und Brokdorf	Preußische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover (67,6)

Name	Sitz	Beteiligt an	Gesellschafter (Beteiligung in %)
Pfalzwerke AG	Ludwigshafen	Kernkraftwerk Neupotz	Bezirksverbd. Pfalz, Neustadt (55,17), Aktiengesellschaft für Energiewirtschaft, Mannheim (27,85), Technische Werke Ludwigshafen (9,25), weitere 10 Aktionäre (7,73)
Preußische Elektrizitäts-AG (Preußenelektra)	Hannover	Kernkraftwerk Unterweser (KKU), Kernkraftwerk Grohnde	VEBA-Aktiengesellschaft, Bonn-Berlin (86,5), Stadt Frankfurt (Main) (6,8), Land Hessen (2,7), Überlandwerk Braunschweig GmbH, Braunschweig (1,0), Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Mitteldeutschland, Kassel (1,5), Land Niedersachsen, versch. Städte und Landkreise (1,5)
Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE)	Essen	Kernkraftwerke VAK und KRB, sowie SNR-300	Die Namensakten mit 20fachem Stimmrecht befinden sich in öffentlicher Hand (Städte, Kreise u. a.), die zusammen mit den in ihrem Besitz befindlichen Stammaktien die Stimmenmehrheit besitzt. Die kapitalmäßige Mehrheit liegt in privaten Händen.
Schnell-Brüter-Kernkraftwerksges. mbH - Gemeinsames Europäisches Unternehmen (SBK) -	Essen	SNR-300-Prototyp-KKW in Kalkar	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (68,85), N. V. Samenwerkende Electriciteits-Productiebedrijven (14,75), Synatom S. A. (14,75), Central Electricity Generating Board (1,65)
Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW)	Dortmund	KWL, HKG, EURO-HKG, KKH	Energie-Verwaltungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Düsseldorf (25,31), Stadt Dortmund (16,90), Stadt Bochum (4,40), sonstige Gemeinden und Gemeindeverbände (31,26), Streubesitz (22,13)
Versuchatomkraftwerk Kahl GmbH (VAK)	Kahl	Versuchatomkraftwerk Kahl	Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen (80,0), Bayernwerk Aktiengesellschaft Bayerische Landeselektrizitätsversorgung, München (20,0)

## 6. Die Widerstandsmethode Stromgeldverweigerung und ihr politischer Zusammenhang

Die Energieversorgungsunternehmen sind - wie aufgezeigt - gewinnorientierte Großunternehmen, an denen nicht nur die "Öffentliche Hand", sondern in erheblichem Maße auch die Großindustrie beteiligt ist. Sie haben auf dem Gebiet der Stromerzeugung eine Monopolstellung und damit auch den gesetzlichen Auftrag, eine ausreichende und kontinuierliche Stromlieferung zu garantieren. Ihr gewinnorientiertes Wirtschaften erklärt auch, daß industriellen Großabnehmern günstigere Stromtarife zugestanden werden als der Masse der Kleinverbraucher. Ob die Energie sinnvoll verwendet wird oder nicht, ist für die Elektrizitätswirtschaft unerheblich; Hauptsache ist, daß der Stromverbrauch steigt.

Im Vertrauen auf ein immer weiter steigendes Wirtschaftswachstum haben die E-Werke bedenkenlos Überkapazitäten aufgebaut und geplant, die nun einen erhöhten Verbrauch verlangen, der durch Werbung erreicht werden soll. Die übereilte Festlegung auf Stromerzeugung durch Atomreaktoren läßt sie jetzt angesichts der Kritik an den Risiken der Atomenergie die Gefahr einer angeblichen En-



ergielücke in den 80er Jahren beschwören: eine Schraube ohne Ende.

Trotz der wachsenden Einsicht der Bevölkerung in die katastrophale Weltsituation und speziell auch in die Gefahren der Atomenergie handeln die Verantwortlichen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik weiterhin nach der Devise "Nach uns die Sintflut". Die bisherigen Versuche, dieser Entwicklung mit den Methoden der herkömmlichen Politik Einhalt zu gebieten, müssen als bei weitem nicht ausreichend betrachtet werden. Für alle einsichtigen Menschen besteht daher die moralische und demokratische Pflicht zum Widerstand. Dabei gilt es, Methoden der Auseinandersetzung zu finden, die mit unserem Ziel, Leben zu schützen, übereinstimmen. Gewaltlose direkte Aktionen müssen Politiker, Verwaltungsbeamte und Richter dazu bringen, sich mit dem konsequenten Widerstand gegen die Umweltzerstörung auseinanderzusetzen. Ziviler Ungehorsam, also die bewußte und öffentliche Übertretung von Gesetzen oder Bestimmungen, kann dort nötig werden, wo geschriebenes und praktiziertes "Recht" die fortschreitende Umweltzerstörung schützt und somit selbst zu Unrecht wird. Diese begrenzte Regelverletzung ist unsere Pflicht gegenüber den zukünftigen Generationen und außerordentlich harmlos im Vergleich zu der Gefahr, die der Menschheit droht, wenn die Atomenergie ausgebaut wird, wie es geplant ist.

Die Notwendigkeit zum Widerstand wird da besonders einsichtig, wo die Gegner der Atomenergie selbst kleine Rädchen in dem riesigen Getriebe sind, das die Entwicklung zur völligen Zerstörung unsere Umwelt immer weiter vorantreibt. Auf zumindest zweierlei Weise sind wir direkt beteiligt: zum einen zahlen wir die Steuern, aus denen bisher etwa 20 Milliarden DM zur Förderung der Atomenergie ausgegeben worden sind, und zum anderen geben die E-Werke einen Teil des Geldes, das wir ihnen für verbrauchten Strom zahlen, für den Bau ihrer Atomanlagen aus. Eine



Weigerung, sich hier mitschuldig zu machen, würde in einer Steuer- und Stromgeldverweigerung ihren Ausdruck finden. Während die Steuerverweigerung aufgrund des üblichen Einziehungsverfahrens nur einem begrenzten Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik möglich wäre, würde eine Stromgeldverweigerung auf keine technischen Schwierigkeiten stoßen.



Stromgeldverweigerung bedeutet, daß man seine Stromrechnungen nicht mehr in voller Höhe, sondern nur zum Teil bezahlt. Man verweigert dem E-Werk den Anteil, der für die Nutzung der Atomenergie ausgegeben wird. Es ist schwer zu schätzen, welcher Prozentsatz das ist, doch dürfte ein Anteil von 10 % sicher angemessen sein. Auch wäre dieser Anteil nicht zu hoch, so daß er mögliche Aktionsteilnehmer abschrecken könnte, wie es bei 50 oder 100 % der Fall sein könnte. Die Aktionsteilnehmer zahlen also ihre Rechnung nur zu 90 % an das jeweilige E-Werk und zahlen die einbehaltenen 10 % auf ein Treuhandkonto, das die örtliche Aktionsgruppe einrichten muß. Die Stromgeldverweigerung wird solange durchgeführt, bis das E-Werk den Forderungen der Aktionsteilnehmer nachgekommen ist, bis sich der Streitpunkt Atomenergie gegebenenfalls anderweitig erledigt hat oder bis die Aktionsteilnehmer einen Abbruch der Stromgeldverweigerung beschließen. Man sollte das einbehaltene Geld für die Nutzung alternativer Energiequellen wie Sonne, Wind, Wasser usw. bestimmen. Es kann dabei offengelassen werden, ob man das Geld unter bestimmten Bedingungen dem E-Werk für die Nutzung alternativer Energiequellen überlassen will, oder ob man

es anderen, den Bürgerinitiativen vielleicht näher stehenden Einrichtungen zuführen will. Eine Entscheidung über die Verwendung des einbehaltenen Geldes soll auf jeden Fall von den Aktionsteilnehmer im jeweiligen Ort nach den gegebenen Umständen selbst gefällt werden.

Die Forderungen, mit denen man an das E-Werk herantritt, müssen auf die jeweilige Situation zugeschnitten sein. Als Orientierungspunkte könnte man nennen:

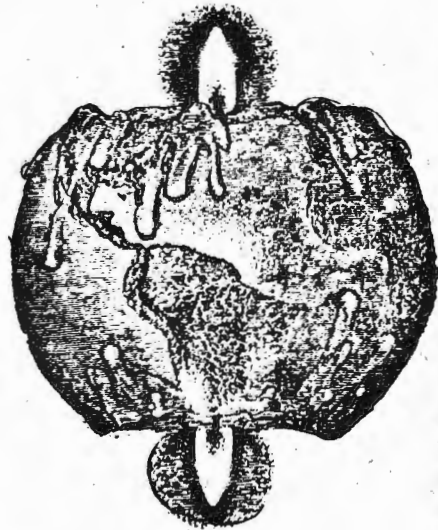
1. Planungs- und Baustopp für geplante und im Bau befindliche atomare Anlagen
2. Stilllegung im Betrieb befindlicher atomarer Anlagen
3. Rückzug des E-Werkes aus der Deutschen Gesellschaft für die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK), die für Zwischen- und Endlagerung verantwortlich ist
4. Einstellung der Reklame für vermehrten Energieverbrauch, stattdessen Werbung und Hinweise für das Energiesparen.
5. Schaffung einer Tarifstruktur, die das Sparen von Energie belohnt, und nicht deren Verschwendung, wie es jetzt der Fall ist
6. Erforschung und Nutzung alternativer Energiequellen.

Der erste Schritt, den ein Aktionsteilnehmer tun muß, besteht darin, daß er seine Abbuchungsvollmacht, die er dem E-Werk möglicherweise gegeben hat, wieder zurückzieht. Dies dürfte auf einen großen Teil der Haushalte zutreffen. Die Rücknahme der Abbuchungsvollmacht kann auch für solche Gegner der Atomenergie ein Mittel des Protestes sein, die die Stromgeldverweigerung selbst nicht mitmachen können. Es wäre sicher nicht unwirksam, wenn man die Rücknahme der Abbuchungsvollmacht gegenüber dem E-Werk mit dem Hinweis auf eine mögliche Stromgeldverweigerung begründet. Eine Begründung sollte man jedoch spätestens beim ersten Einbehalten eines Teils des

Stromgeldes abgeben, damit das E-Werk weiß, um was es geht. Es ist ratsam, alles weitere zusammen mit der örtlichen Aktionsgruppe zu machen, auch die ggfs. nötige juristische Beratung.

Die Stromgeldverweigerung als Aktion des zivilen Ungehorsams kann ihre volle Stärke erst dann entfalten, wenn die Aktionsteilnehmer bereit sind, auch bis zum äußersten zu gehen, d.h. auch eine Stromabschaltung und einen Prozeß zu riskieren. Nur wenn man dazu bereit ist, kann man den Verdacht von sich abwenden, es handele sich bei der Stromgeldverweigerung um einen "Dumme Jungen-Streich" oder um ein undurchsichtiges Taktieren mit dem E-Werk. Die Ernsthaftigkeit der Aktion wird am besten am Extremfall deutlich. Es wäre wünschenswert, daß jeder Aktionsteilnehmer sich in dieser Hinsicht genau prüft.

Wenn auch mehrere Hundert von Aktionsteilnehmern 10 % ihrer Stromrechnung nicht mehr bezahlen, kann dadurch die Finanzierung der Atomenergie natürlich nicht direkt gefährdet werden. Zunächst ist die Stromgeldverweigerung in erster Linie Ausdruck der persönlichen Betroffenheit und des Protestes. Je größer jedoch die Zahl der Aktionsteilnehmer wird, desto eher wird zu dem politischen auch ein wirtschaftlicher Druck hinzukommen. Der Erfolg der Aktion hängt also auch von der Zahl der Teilnehmer in der Bundesrepublik und ggfs. auch im benachbarten Ausland ab. Der zivile Ungehorsam ist eine Aktionsform, in der offen und gewaltlos ein bestehendes "Vertrauensverhältnis" bzw. Vertragsverhältnis angezweifelt



und aufgekündigt wird. Dabei halten wir uns an eine Definition von Mahatma Gandhi, nach dem zivil gleichbedeutend ist mit "höflich, wahrheitsliebend, bescheiden, klug, hartnäckig, doch wohlwollend, nie verbrecherisch und haßerfüllt" (in YOUNG INDIA, Bd. 1, 1919 - 1922, S.1006).

Die Stromgeldverweigerung ist nur ein Teil unserer Arbeit gegen die Zerstörung der Umwelt und die Nutzung der Atomenergie und für ein menschengerechteres Leben. Aber sie gehört zu den Aktionen, die am deutlichsten unsere Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit ausdrücken. Ein Verstecken in der Masse ist bei dieser Form des Widerstandes nicht möglich. Die Offenheit ist ihre Stärke, die nicht wird ignoriert werden können.



## 7. Skizze einer Kampagne - Organisationsvorschlag für die Stromgeldverweigerung

Da die Stromgeldverweigerung dezentral nach den jeweiligen Gebieten der Energieversorgungsunternehmen durchgeführt werden muß, kann und will das folgende Organisationsmodell den einzelnen Koordinationsgruppen nicht die Ausarbeitung sämtlicher Einzelheiten abnehmen, sondern es soll nur einen allgemeinen Rahmen abgeben, innerhalb dessen die Kampagne organisiert werden könnte. Dieser Organisationsvorschlag, der in der Ideenbörse für gewaltfreien Widerstand beim Aktionstag in Itzehoe am 19.2.1977 vorgestellt wurde, geht zurück auf Vorstellungen der Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst (Schweiz), die schon im Herbst 1974 zu einer begrenzten Stromgeldverweigerung aufgerufen und dazu ein Drei-Stufen-Modell entworfen hatte. Zur praktischen Erprobung dieses Modelles konnte es jedoch nur ansatzweise kommen, weil im Frühjahr 1975 in Kaiseraugst die Bagger auffuhren, und da hatte die Besetzung des Bauplatzes für das geplante Atomkraftwerk natürlich Vorrang.

### 1. Stufe: Organisieren - Informieren - Mobilisieren

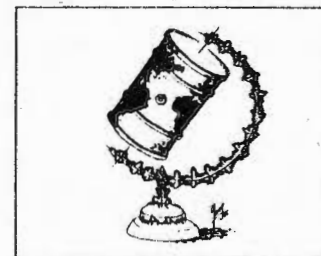
Eine Aktion des zivilen Ungehorsams sollte nicht leichtfertig begonnen werden. Am Beginn einer Kampagne zur Stromgeldverweigerung müssen sich die Initiatoren volle Klarheit darüber verschaffen, welche Minimalforderungen sie durchsetzen wollen, und ob sie entschlossen und risikobereit genug sind, die Konsequenzen, die auf sie selbst und andere Teilnehmer der Aktion zukommen können, zu tragen.

In der ersten Phase der Kampagne sind die inhaltlichen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen. Als Träger der Kampagne können entweder schon bestehende Bürgerinitiativen oder eigens zu diesem Zweck neugegründete Aktionsgruppen fungieren. Für jedes Gebiet eines Energieversorgungsunternehmens empfiehlt sich die Koor-

dination aller an der Kampagne arbeitenden Gruppen durch eine Koordinationsstelle.

Erste Aufgabe der Gruppen, die eine Kampagne zur Stromgeldverweigerung durchführen wollen, wäre es, ihre Forderungen zu formulieren, genaue und zuverlässige Informationen über die Geschäftsbedingungen des E-Werkes einzuholen, die juristischen Aspekte zu klären und für die Möglichkeit einer Rechtshilfe zu sorgen. Dazu gehört auch die Einrichtung und Verwaltung eines Treuhandkontos, auf das das einbehaltene Geld eingezahlt werden soll. Dieses Konto muß vor dem Zugriff der Justizbehörden sicher sein, entsprechende Möglichkeiten müßten erforscht werden.

Wenn über diese Fragen Klarheit herrscht, kann damit begonnen werden, die Aktionsidee der Öffentlichkeit bekannt zu machen, Interessenten anzusprechen und



*Im Schneckentempo, aber unvermeidbar: Der Globus wird zur Mülltonne.*  
aus: PARDON

möglichst viele Haushalte zu einer Teilnahme zu bewegen. Dabei sollten die möglichen Folgen nicht verharmlost, sondern offen dargelegt werden. Wer sich am zivilen Ungehorsam beteiligen will, muß die Risiken kennen, aber er sollte auch wissen, daß die Risiken um so geringer werden, je mehr Menschen in der selben Sache Widerstand leisten. Um dem Einzelnen eine Sicherheit zu geben, daß er nicht alleine dasteht, und um vor dem eigentlichen Beginn

der Aktion zu einer realistischen Einschätzung der eigenen Stärke zu kommen, könnte vereinbart werden, daß die Stromgeldverweigerung erst dann tatsächlich durchgeführt wird, wenn sich eine dann festzulegende Mindestzahl von Haushalten zur Teilnahme an der Aktion verpflichtet hat. Man kann die Mindestzahl für einen Ort, eine Region oder ein Versorgungsgebiet auf 50, 100,



500 oder 1000 festlegen. Eine Bereitschaftserklärung für die Teilnahme an der Aktion könnte etwa so lauten:

"Hiermit erkläre ich mich bereit, an der Stromgeldverweigerung teilzunehmen und 10% meines Stromgeldes auf das Treuhandkonto ... einzuzahlen. Meine Unterschrift wird aber erst dann gültig, wenn sich mindestens ... weitere Haushalte ebenfalls zur Teilnahme verpflichtet haben."  
(Name, Adresse, Datum, Unterschrift)

Zu beachten ist, daß pro Haushalt nur eine Bereitschaftserklärung abgegeben werden kann, und zwar von der Person, auf deren Name der Stromzähler zugelassen ist. Außerdem sollte darauf hingewiesen werden, daß die Unterzeichnung der Bereitschaftserklärung allein völlig risikolos ist, d.h. noch keine illegale bzw. strafbare Handlung darstellt. Wer sich aber dennoch nicht zur Unterschrift entschließen kann, hat andere Möglichkeiten, sich solidarisch zu zeigen, etwa durch Spenden, Werben, Unterstützung der Teilnehmer und anderes.

Die Unterschriftensammlungen lassen sich öffentlichkeitswirksam "in Szene" setzen und können von direkten Aktionen begleitet werden. Die - hoffentlich - steigenden Unterschriftszahlen können der Presse laufend bekanntgegeben werden (nach Art eines "Widerstandsbarometers"); vor den Geschäftsstellen der E-Werke können Informationsstände errichtet und Flugblätter verteilt werden; kleine oder große Gruppen von Atomenergiegegnern können ihrem E-Werk geschlossen einen Besuch abstatten und dem Direktor mitteilen, daß sie ihm die Abbuchungsermächtigung kündigen, während unten auf der Straße Bereitschaftserklärungen gesammelt werden. Vieles andere ist denkbar, und dem Einfallsreichtum der Gruppen sind keine Grenzen gesetzt.

Parallel dazu können Stromverbraucher (hier vor allem Privathaushalte) aufgefordert werden, sparsam mit elek-

trischer Energie umzugehen, stromintensive Produkte (überflüssige Elektrogeräte, Aluminium usw.) beim Einkauf zu meiden; eine Aluminiumsammelaktion zur Wiederverwendung kann organisiert werden.

## 2. Stufe: "Verweigerung-in-Sicht-Gespräch"

Sobald die festgesetzte Mindestzahl von unterschriebenen Bereitschaftserklärungen vorliegt, wird die zweite Phase eingeleitet: Vertreter der Aktionsteilnehmer suchen die Direktoren ihres E-Werks zu einem Gespräch auf, um ihnen noch einmal die Forderungen der Kampagne zu erläutern, die Gründe für die Stromgeldverweigerung darzulegen, auf die dem Betrieb entstehenden Unannehmlichkeiten durch die Verweigerung und die damit verbundenen Aktionen hinzuweisen und eine Erfüllung der Forderungen zu verlangen. In diesem Gespräch geht es also nicht darum, mit dem E-Werk zu feilschen, sondern die Gegebenheiten sollen noch einmal in allen Konsequenzen dargelegt werden, und die E-Werke sollen die Möglichkeit haben, ihre Entscheidung für die Atomenergie noch einmal zu überdenken, bevor die Kampagne richtig beginnt.

## 3. Stufe: Vollversammlung und Verweigerungsbeschluß

Wenn die Reaktion des E-Werkes vorliegt, wird eine Vollversammlung aller Aktionsteilnehmer einberufen, auf der jeder Haushalt eine Stimme hat. Die Vollversammlung beschließt, ob und, wenn ja, ab wann und wie lange das Stromgeld verweigert werden soll. Es ist möglich, die Aktion zeitlich begrenzt oder unbegrenzt durchzuführen. In der Zwischenzeit können weitere Bereitschaftserklärungen gesammelt werden. Auch im weiteren Verlauf der Kampagne sollten die Aktionsteilnehmer in Vollversammlungen über Strategie und Abschluß der Aktion beschließen.

## Kontaktadressen

(Diese Liste kann herausgetrennt werden)

Die hier aufgeführten Gruppen und Personen sind dabei oder daran interessiert, die Stromgeldverweigerung zu organisieren. Die Arbeit befindet sich allerdings in jeweils unterschiedlichen Stadien. Kontaktaufnahme und Erfahrungsaustausch - z. B. gegenseitiges Zuschicken von Flugblättern und anderem Material - sind erwünscht.

- \* Bürgerinitiative Kraftwerk Oberhavel/Ruhlebener Wiesen Verein,  
Veronika de Saram, Zweibrücker Straße 2b, 1000 Berlin 20, Tel.: 030/3713725
- \* Jörn Böhme, Arndtstraße 39, 1000 Berlin 61, 030/6938523
- \* Initiative Kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion  
Wolfgang Hertle, Großer Schippsee 28, 2100 Hamburg 90, Te.: 040/777957
- \* Rosemarie Egge, Groß Wisch 8a, 2211 Wewelsfleth
- \* Gewaltfreie Aktion Kiel, Udo Peschken, Richthofenstr. 16 (Nebenhaus), 23 Kiel 16
- \* Martin Schmidt, Boiestraße 10 III, 2300 Kiel
- \* Friedrich Bode, Am Herzogenkamp 22, 2800 Bremen 33, Tel.: 0421/236180
- \* Uwe Voigt, Mecklenburger Straße 10 2800 Bremen 1
- \* Hans-Ludwig Schröder, Pfarrstraße 1, 2801 Achim
- \* Gus Skierlo, Haarenstraße 53, 2900 Oldenburg, Tel.: 0441/16801
- \* Ökokontor, Hennigesstraße 12, 3000 Hannover 91, Tel.: 0511/4581381
- \* Burkhard Kohl, Stolzestraße 47, 3000 Hannover 1
- \* H. L. Möhle, Kleine Kreuzstraße 4, 3300 Braunschweig
- \* AK Gewaltloser Widerstand im  
Göttinger AK gegen Atomanlagen, Postfach 45, 34 Göttingen Tel. 79 17 35 (Ulrike Padel)  
Tel. 420 74 (Wolli Schleuder, Rotestr. 3)
- \* Jochen Wulfhorst, Emmerichstraße 20, 3500 Kassel, Tel.: 0561/77425 - 71331
- \* Volker van den Boom, Kölner Straße 28, 4000 Düsseldorf
- \* Rainer Praetorius, Jussenhovener Straße 10, 4047 Dormagen
- \* AKW-Nee-Gruppe, Renate Zeihe, Brassertstraße 27, 43 Essen, Tel.: 0201/787118
- \* Peter Katzung, Schreinerstraße 20, 4330 Mülheim
- \* Jochen Thiel, Adolfstraße 63, 4330 Mülheim, Tel.: 0208/360241
- \* Dieter Rötgers, Eschenweg 6, 4401 Altenberge
- \* Gewaltfreie Aktion Umweltschutz  
Theo Hengesbach, Große Heimstraße 66, 4600 Dortmund 1, Tel.: 0231/104694

b. w.

## Kontaktadressen

(Diese Liste kann herausgetrennt werden)

Die hier aufgeführten Gruppen und Personen sind dabei oder daran interessiert, die Stromgeldverweigerung zu organisieren. Die Arbeit befindet sich allerdings in jeweils unterschiedlichen Stadien. Kontaktaufnahme und Erfahrungsaustausch - z. B. gegenseitiges Zuschicken von Flugblättern und anderem Material - sind erwünscht.

- \* Bürgerinitiative Kraftwerk Oberhavel/Ruhlebener Wiesen Verein,  
Veronika de Saram, Zweibrücker Straße 2b, 1000 Berlin 20, Tel.: 030/3713725
- \* Jörn Böhme, Arndtstraße 39, 1000 Berlin 61, 030/6938523
- \* Initiative Kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion  
Wolfgang Hertle, Großer Schippsee 28, 2100 Hamburg 90, Te.: 040/777957
- \* Rosemarie Egge, Groß Wisch 8a, 2211 Wewelsfleth
- \* Gewaltfreie Aktion Kiel, Udo Peschken, Richthofenstr. 16 (Nebenhaus), 23 Kiel 16
- \* Martin Schmidt, Boiestraße 10 III, 2300 Kiel
- \* Friedrich Bode, Am Herzogenkamp 22, 2800 Bremen 33, Tel.: 0421/236180
- \* Uwe Voigt, Mecklenburger Straße 10 2800 Bremen 1
- \* Hans-Ludwig Schröder, Pfarrstraße 1, 2801 Achim
- \* Gus Skierlo, Haarenstraße 53, 2900 Oldenburg, Tel: 0441/16801
- \* Ökokontor, Hennigesstraße 12, 3000 Hannover 91, Tel.: 0511/4581381
- \* Burkhard Kohl, Stolzestraße 47, 3000 Hannover 1
- \* H. L. Möhle, Kleine Kreuzstraße 4, 3300 Braunschweig
- \* AK Gewaltloser Widerstand im Tel. 79 17 35 (Ulrike Padel)  
Göttinger AK gegen Atomanlagen, Postfach 45, 34 Göttingen Tel. 420 74 (Wolli Schleuder, Rotestr. 3)
- \* Jochen Wulfhorst, Emmörichstraße 20, 3500 Kassel, Tel.: 0561/77425 - 71331
- \* Volker van den Boom, Kölner Straße 28, 4000 Düsseldorf
- \* Rainer Praetorius, Jussenhovener Straße 10, 4047 Dormagen
- \* AKW-Nee-Gruppe, Renate Zeihe, Brassertstraße 27, 43 Essen, Tel.: 0201/787118
- \* Peter Katzung, Schreinerstraße 20, 4330 Mülheim
- \* Jochen Thiel, Adolfstraße 63, 4330 Mülheim, Tel.: 0208/360241
- \* Dieter Rötgers, Eschenweg 6, 4401 Altenberge
- \* Gewaltfreie Aktion Umweltschutz  
Theo Hengesbach, Große Heimstraße 66, 4600 Dortmund 1, Tel.: 0231/104694

b. w.

## 8. Mögliche Konsequenzen und wie man ihnen vielleicht begegnen kann

Die Stromgeldverweigerung ist eine Aktion zivilen Ungehorsams. Das bedeutet sie schließt eine bewußte und öffentliche Übertretung von Bestimmungen mit ein, die nach intensiver Prüfung als ungerecht erkannt worden sind. Es ist ein Unrecht, wenn Menschen, die sich aus Gewissensgründen gegen die Nutzung der Atomenergie wehren, ohne ihre Einwilligung zur Mitfinanzierung eben dieser Atomenergie gezwungen werden. Die Konsequenzen zivilen Ungehorsams müssen getragen werden, dies ist Bestandteil des zivilen Ungehorsams. Für die Stromgeldverweigerung ist es daher von Bedeutung, sich mit ihren juristischen Aspekten auseinanderzusetzen. Wir wollen auch einige Überlegungen anstellen, was getan werden kann, wenn die E-Werke als Reaktion auf die Stromgeldverweigerung zu ihrem wohl am meisten gefürchteten Gegenmittel, dem Absperren der Stromzufuhr, greifen.



© Sawyer Press, L. A.

Zeichnung: Ron Cobb

### a) Juristische Aspekte

Eine allgemeingültige Untersuchung über mögliche juristische Konsequenzen der Stromgeldverweigerung an-

zustellen, ist schwer möglich. Manches ist abhängig von den Geschäftsbedingungen der einzelnen E-Werke und Versorgungsunternehmen. Bei noch offenbleibenden Fragen müssen sich die örtlichen und regionalen Aktionsgruppen mit einem Rechtsanwalt beraten. Eine ständige Zusammenarbeit mit einem Anwalt ist ohnehin zu empfehlen.

### o Zur Strafbarkeit

Die Anwendung des § 248 c StGB (Entziehung elektrischer Energie) setzt voraus, daß der Strom auf eine technisch unzulässige Art und Weise (z.B. Abzapfen des Stroms vor dem Zähler) entzogen wird. Das ist hier nicht der Fall.

Der § 263 StGB (Betrug) ist bedeutsam unter dem Gesichtspunkt des "Eingehungsbetruges". Die Eingehung jeder vertraglichen Verpflichtung enthält - wenn sich aus den Umständen nichts anderes ergibt - die stillschweigende Erklärung des Stromabnehmers, daß er zur Vertragserfüllung, d.h. zur ordnungsgemäßen Zahlung, willens und bei Fälligkeit auch in der Lage ist. Dieser Paragraph könnte in den Fällen zur Anwendung kommen, in denen der Stromabnehmer schon bei Vertragsabschluß mit dem jeweiligen E-Werk die Stromgeldverweigerung geplant hat. Eine nachträgliche Entscheidung ist aber keine Täuschung mehr. Betrug setzt weiterhin einen Vermögensschaden voraus. Es werden aber 90 % gezahlt und unter bestimmten Bedingungen soll wieder alles gezahlt werden. Liegt "Notigung" vor?

Die Anwendung des § 240 StGB (Nötigung) setzt die "Drohung mit einem empfindlichen Übel" voraus. Das beinhaltet, daß die Drohung geeignet ist, einen besonnenen Menschen zu dem damit erstrebten Verhalten zu zwingen. Dies wird bei der Stromgeldverweigerung nicht zutreffen, da das E-Werk auf Nicht-Zahlung "normal", d.h. schuldrechtlich, reagieren kann.



Fazit: Die Strafbarkeit wird wohl kaum von den E-Werken erfolgreich als Mittel gegen die Stromgeldverweigerung einzusetzen sein.

o Zur Zahlungsverpflichtung/Schadenersatz

Der Stromabnehmer schließt mit dem E-Werk einen Strom-Bezugsvertrag ab, der juristisch als "Dauerschuldverhältnis" bezeichnet wird. Darin verpflichtet sich das E-Werk zur Bereitstellung und Lieferung von Elektrizität und der Abnehmer zur festgelegten Bezahlung. Das E-Werk hat hierbei faktisch eine Monopolstellung, woraus sich ergibt, daß es zum Abschluß eines Stromlieferungsvertrages grundsätzlich gezwungen ist (Kontrahierungszwang) bzw. daß es nicht so einfach die Stromlieferung aufkündigen kann. Dem E-Werk stehen bei der Stromgeldverweigerung zwei Handlungsweisen offen.



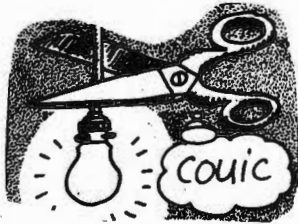
F. LEZCANO/1973

Die erste Möglichkeit ist die normale Aufkündigung. Das E-Werk kann sich so verhalten, als läge nichts Außergewöhnliches wie die Stromgeldverweigerung vor. Dann regelt sich das Schuldverhältnis über die gewöhnlichen Folgen einer Leistungsstörung, nämlich Nicht-(ausreichende) Bezahlung der Stromrechnung.

Grundsätzlich hat die Bezahlung/Erfüllung zur rechten Zeit (Fälligkeit), am rechten Ort (z.B. zuständige Bankverbindung) und auf rechte Art und Weise (ohne Bedingungen) zu erfolgen. Die beabsichtigte Hinterlegung des einbehaltenen Geldes auf ein Treuhandkonto hat nicht die Wirkung einer Erfüllung des Schuldverhältnisses mit dem E-Werk (vgl. § 378 BGB, der das bei ordnungsgemäßer Hinterlegung vorsieht), da die Voraussetzungen einer ordnungsgemäßen Hinterlegung (§ 372 BGB) fehlen. Demnach erfolgt - trotz der Hinterlegung - keine ausreichende Bezahlung/Erfüllung der Stromrechnung. Kommt dann eine Mahnung vom E-Werk, ohne daß bezahlt wird, so befindet sich der Abnehmer im Verzuge (§ 284 BGB). Er muß nun dem E-Werk den aus dem Verzug erwachsenden Schaden ersetzen (§ 286 BGB; z.B. wenn ein Rechtsanwalt für das E-Werk die Sache weiter betreibt) und Verzugszinsen zahlen (§ 288 BGB). Das E-Werk kann bei Fortdauer (Wiederholung) die Lösung des Dauerschuldverhältnisses betreiben (Kündigung). Da es sich aber bei der Stromgeldverweigerung jeweils nur um einen geringen Teil der Gesamtsumme handelt, laufen die Kündigungsstationen nicht schematisch wie üblich ab (nach Verzug von einem oder zwei Monatsbeiträgen), lassen sich aber letztlich doch durchsetzen.

Der Abnehmer wird seine nächste Rechnung wiederum nur bedingt begleichen. Unterläßt er die ausdrückliche Bestimmung, welche Schuld getilgt werden soll, dann greift die gesetzliche Tilgung gemäß § 366 BGB ein: es wird die ältere Schuld zuerst getilgt. Hierbei erfolgt vorab noch eine Anrechnung auf die bisher entstandenen Zinsen und Kosten (§ 367 BGB). Nach diesem Mechanismus

ist klar, daß der Abnehmer irgendwann mit einem Monatsbetrag im Rückstand ist, und zwar wegen der Anrechnung der angefallenen Zinsen und Kosten schneller als bei alleiniger Summierung der einbehaltenen Teilbeträge. Die schematische vertragsgemäße Kündigung (Stromsperrung) kann dann einsetzen. Trifft der Abnehmer aber jeweils die Bestimmung, welche Schuld von seiner Zahlung zu tilgen sei, dann summieren sich trotzdem die vielen Einzelbeträge bis zu einer Höhe, bei der wiederum die Kündigung schematisch ablaufen kann. Gegen die dann erfolgende Stromsperrung wird juristisch nichts zu unternehmen sein.



Zum anderen kann sich das E-Werk darauf berufen, daß es sich bei der Stromgeldverweigerung um eine organisierte Aktion handelt. Daraus kann eine schuldhaft Pflichtverletzung der sich aus dem Stromlieferungsvertrag ergebenden Pflichten durch den Abnehmer geltend gemacht werden. Es besteht dann die Möglichkeit der fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. Dagegen kann man sich erst einmal mit - vorübergehender - Aussicht auf Erfolg wehren. Reagiert das E-Werk sogleich ohne Abwarten der oben aufgezeigten "normalen" Leistungsstörung mit Sperrung des Stromanschlusses, kann man beim örtlichen Amtsgericht einen Antrag auf eine einstweilige Verfügung (§§ 935, 940 ZPO) im Hinblick auf die Weiterbelieferung mit Strom stellen. Zur Begründung kann man auf die Schwierigkeiten der Umstellung (z.B. Kranke, Kinder, Säuglinge werden betroffen) und auf die Unverhältnismäßigkeit der Mittel (nur 10 % der Rechnung bleiben unbezahlt, es besteht grundsätzlich Zahlungsbereitschaft, wie die Hinterlegung des

nicht-bezahlten Geldes beweist) hinweisen. Der dann möglicherweise vom E-Werk eingeleitete Prozeß auf Feststellung der Beendigung des Stromlieferungsvertrages durch berechnete außerordentliche Kündigung hätte wohl ganz erhebliche politische Brisanz.

Die bisherigen Erfahrungen aus Hamburg, wo mehrere Hundert Haushalte 10 % des Stromgeldes verweigern, zeigen dann auch, daß die Elektrizitätsgesellschaft wenigstens bisher noch nicht von der letztgenannten Möglichkeit Gebrauch zu machen gedenkt.

#### o Eintreibung der ausstehenden Beträge

Gleichgültig, ob ordentlich oder außerordentlich gekündigt wird - das E-Werk will das Geld haben. Dazu wird das E-Werk den prozessualen Weg des Mahnverfahrens (§§ 688 ff ZPO) beschreiten, d.h. es wird zunächst einen Zahlungsbefehl schicken. Wird nicht rechtzeitig widersprochen (die Frist ist genannt), wird der Zahlungsbefehl für vollstreckbar erklärt (Vollstreckungsbefehl). Hiergegen ist noch innerhalb der Frist von einer Woche (§§ 339, 508 Abs. 2 ZPO) der Einspruch zulässig. Bei Widerspruch oder Einspruch geht das Mahnverfahren in ein ordentliches Verfahren mit mündlicher Verhandlung (und höheren Kosten) über. Man kann versuchen, sich damit zu verteidigen, daß der Stromverbraucher keine andere Möglichkeit hat, sich gegen die Abnahme von Atomenergie zu wehren, da die E-Werke Monopolunternehmen sind und ein Ausweichen des Verbrauchers auf ein anderes Unternehmen, das den Strom auf eine Weise erzeugt, die der Verbraucher verantworten kann, daher nicht möglich ist. Zu erwarten ist jedoch, daß die Eintreibung des nicht gezahlten Geldes, unbeeinflusst von der politischen Argumentation und der Öffentlichkeitsarbeit der Stromgeldverweigerer, weiterbetrieben wird, so daß man sich auf die Dauer mit dem Gedanken vertraut machen sollte, daß der Gerichtsvollzieher pfänden wird, wenn man das Geld beharrlich nicht be-



zahlt. Insgesamt würden gepfändet der einbehaltene Betrag der Stromrechnung sowie Beiträge für den Verzugsschaden, die Verzugszinsen, das Mahnverfahren bzw. den Prozeß und die Vollstreckung.

Wenn ein Teilnehmer an diesem Punkt die Aktion für sich abbrechen möchte, muß er sich zur vollen Zahlung bereit erklären. Er könnte die Aktion nicht wieder beginnen (s. Eingehungsbetrag). Die Stromsperrung würde dann wieder aufgehoben (Kontrahierungszwang).

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Stromgeldverweigerung recht kostenintensiv ist. Dies ist natürlich bei fast allen Arten politischen Engagements und vor allem bei den verschiedenen Widerstandsformen gegen übermächtige Fehlentwicklungen der Fall. Jedoch muß man sich bei der Kostenfrage vor Augen halten, daß die Stromgeldverweigerung nicht nur eine individuelle Aktion sein soll, sondern daß diese Art des Widerstandes von einer größeren Zahl von Menschen praktiziert werden muß, so daß der einzelne Teilnehmer auch in finanzieller Hinsicht nicht allein gelassen wird. Die Einrichtung eines Rechtshilfekontos soll allen Aktionsgruppen nahegelegt werden. Beispiele aus der Vergangenheit, auch aus der Bewegung gegen die Atomenergie, haben gezeigt, welche enorme Summen zusammenkommen können, wenn es gelingt, die Gründe für eine Aktion der zivilen Ungehorsams einer breiten Öffentlichkeit überzeugend darzustellen.

#### b) Mögliche Maßnahmen im Fall von Stromsperrungen

Ob die E-Werke wirklich zu dem Mittel der Stromabsperzung greifen werden, hängt sicher von der politischen Bedeutung der Kampagne ab. Gegebenenfalls könnte sich

eine solche Maßnahme durchaus auch gegen den Urheber, also gegen das E-Werk, auswirken. Dies wäre z.B. zu erwarten, wenn sich in einem Ort eine sehr große Zahl von Haushalten an der Aktion beteiligt, oder wenn sogar Kirchengemeinden, Krankenhäuser, Kindergärten oder andere öffentliche Einrichtungen einen Teil ihres Stromgeldes verweigern. Doch sollte man auch überlegen, was man im Fall von Stromabspernungen tun kann, da dieses Druckmittel möglicherweise von den E-Werken gezielt gegen einzelne Aktionsteilnehmer eingesetzt wird, um einen Abschreckungseffekt zu erzielen.

Probleme treten bei einer Stromsperrung vor allem auf bezüglich des Kochens, der Warmwasserbereitung und des Betriebes bestimmter elektrischer Geräte wie etwa des Kühlschranks. Weniger bedeutsam sind elektrische Geräte, auf die zu verzichten keine großen Probleme mit sich bringt. Zu diesen gehören Fernsehapparate, elektrische Zahnbürsten, Brotschneidemaschinen, Wäschetrockner und ähnliches. Die Haushalte, die sich nicht durch die Anschaffung aller möglichen sinnigen und unsinnigen Geräte ihrem E-Werk ausgeliefert haben, werden auf jeden Fall mit den Schwierigkeiten einer Stromsperrung leichter fertig werden.

Ein Teil der Geräte, die vom Ausfall des elektrischen Stroms betroffen würden, lassen sich mit Hilfe von Batterien weiterbetreiben. Dazu gehören etwa Kofferradios. Andere wiederum sind ersetzbar, so kann man z.B. statt auf einem elektrischen Herd mit Kohle oder Gas kochen. Haushalte, die noch entsprechende Herde in Betrieb haben, stoßen hier auf keine Probleme. Für das Heizen gilt dasselbe. Es wäre auch denkbar, daß man das Kochen und die Warmwasserbereitung mit Campingkochern erledigt, die man sich - wenn man sie nicht ohnehin für den Urlaub bereits besitzt - bei entsprechenden Vereinen ausleihen kann. Wenn sich verschiedene Haushalte in einem Haus, einer Straße oder einem Block

zusammentun, ist auch dies einfacher zu regeln, als wenn jeder Haushalt alleine für sich arbeitet.

Mit Nachbarschaftshilfe ist noch mehr zu erreichen. Man kann sich etwa aus einer Nachbarwohnung oder dem Nachbarhaus eine behelfsmäßige Stromleitung legen, um den Betrieb notwendiger Geräte, z.B. eines Kühlschranks zu sichern. Man braucht dazu nicht mehr als ein genügend langes und starkes Verlängerungskabel. Auch das Wäschewaschen, Duschen und Baden kann man mit Hilfe der Nachbarn regeln. Hier bestünde dann eine Möglichkeit für Leute, die sich an der Stromgeldverweigerung direkt nicht beteiligen können, diese Aktion dennoch zu unterstützen. Eine Gruppe von Aktionsteilnehmern kann auch einen gemeinsamen Washtag pro Woche arrangieren, was auch die Kommunikation und Zusammenarbeit untereinander verbessern würde. Man sollte weiterhin von der Möglichkeit der Benutzung öffentlich zugänglicher Waschautomaten und ähnlicher Einrichtungen Gebrauch machen. Hierbei käme man in Kontakt mit weiteren potentiellen Aktionsteilnehmern.

Einen besonderen Schritt nach vorn in der Energiepolitik würde es bedeuten, wenn man die Stromgeldverweigerung zum Anlaß nähme, eine dezentralisierte Energieversorgung beispielhaft zu verwirklichen. Hierbei ist zu denken an Windräder, Sonnenenergieanlagen, Wärmepumpen und ähnliches. Vor allem Sonnenkollektoren sind heute schon zu günstig zu haben, daß sie sich schon nach wenigen Jahren amortisiert, d.h. ausgezahlt haben. Es gibt eine umfangreiche Literatur zur Nutzung dieser sogenannten alternativen Energiequelle, aus der hier einige Titel beispielhaft angeführt werden sollen:

o Eine ganz ausgezeichnete Einführung in die Nutzung der Sonnenenergie gibt das Heft "Die Sonne", Nr. 5/77 in der Panda-Reihe des World Wildlife Found (zu bestellen beim WWF-Sekretariat der Schweiz, Postfach, CH-8037 Zürich, Förrlibuckstr. 66)

o Literatur für "Anfänger": P.R.Sabady, Haus und Sonnenkraft, Zürich 1975, Fr. 39,70; P.R.Sabady, Wie kann ich mit Sonnenenergie heizen? Ein praktischer Ratgeber für Bauherr und Handwerker, Zürich 1976, Fr. 29,80.

o Und für "Fortgeschrittene": K.Daniels, Sonnenenergie, Karlsruhe 1975, ca. DM 49,-; Prof.J.A.Duffie/Prof. W.A. Beckmann, Sonnenenergie: Thermische Prozesse, München 1976, DM 88,-; Informationswerk Sonnenenergie, Bd. 1-4 (Hausheizung, Warmwasserbereitung, Kühlung, Stromgewinnung), München 1977, je Bd. ca. DM 40,-.

o Informationen über Sonnenenergie außerdem bei der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie, Postfach 1208, 8032 Gräfelring, Tel. 089/8542175.

o Informationen auch über andere alternative Energiequellen geben PROKOL, c/o W.Martin, Waldstr. 17, 1000 Berlin 21; KATALYSE-Technikergruppe, Karl-Barth-Haus, Wittenbergstr. 14-16, 4300 Essen 1, Tel. 0201/233287;

Aktion Dezentrale Energietechnik, Gottfried Rössle, Uhlandstr. 12, 7141 Steinheim, Tel. 07144/29535.

o Wichtige Literatur: Th.Rotarius, Dauerhafte Energiequellen, ca. 100 S., DM 3,- (zu beziehen vom Verfasser, Ritterstr. 3, 3550 Marburg) und die im Literaturverzeichnis aufgeführten Alternativkataloge 1,2 und 3 und der Katalog "Umdenken - Umschwenken" der Arbeitsgemeinschaft Umwelt beider Züricher Hochschulen. Der Umsetzung unserer Ideen in die Tat steht nichts im Wege.



**KNIPST EUER LICHT  
AN DER SONNE AN!**



## 9. Erfahrungen aus ähnlichen Kampagnen

Die in dieser Broschüre vorgestellte Stromgeldverweigerung ist als Aktionsform nicht neu. Ähnliche Aktionen gab und gibt es auch auf anderen Gebieten und in anderen Ländern. Einige davon sollen hier vorgestellt werden.

### a) Verweigerung der Kalkar-Steuer in Holland

Die beiden ersten holländischen Atomkraftwerke konnten gebaut werden, ohne daß es zu größeren Protesten in der Bevölkerung kam. Die Protestbewegung vergrößerte sich jedoch rasch, als bekannt wurde, daß sich Holland zu 15 % am Bau des "Schnellen Brütters" in Kalkar/BRD am Niederrhein beteiligte. Weitere Beteiligte an diesem gefährlichsten Typ eines Atomkraftwerks sind Belgien mit ebenfalls 15 % und die Bundesrepublik Deutschland mit 70 %.

Zur Finanzierung der 15%igen holländischen Beteiligung belegte die Regierung die Elektrizitätsunternehmen mit der sogenannten Kalkar-Steuer, die 3 % ihres Umsatzes betrug. Man erlaubte den E-Werken, diese Steuer auf die Stromrechnungen umzulegen.

Die STROMGROEP STOP KALKAR (heute STROMGROEP STOP KERN-ENERGIE/KALKAR) entwickelte höchste Aktivität. Sie wollte möglichst viele Stromverbraucher zur Verweigerung dieser Steuer bewegen und ihnen gegebenenfalls Rechtshilfe leisten. Die Arbeit der Gruppe war so gut, daß z.B. der Bürgermeister von Amsterdam beschloß, daß angesichts der großen Proteste der Bevölkerung die Steuer nicht von den Verbrauchern, sondern von der Gemeinde Amsterdam bezahlt werden sollte.

Etwa 400 - 500 Haushalte verweigerten die Kalkar-Steuer und zahlten das Geld stattdessen auf ein Alternativkonto ein, das die STROMGROEP STOP KALKAR eingerichtet hatte.

## Abhilfe!



In etwa 20 - 30 Fällen sperren die E-Werke den Haushalten die Stromzufuhr. In anderen Städten wurden die Verweigerer vor Gericht geladen. Der Prozeß in Eindhoven z.B. dauerte ein dreiviertel Jahr, doch kam es nicht zur mündlichen Verhandlung, weil das Wirtschaftsministerium im Dezember 1974 - etwa 1 1/2 Jahre nach der Einführung der Steuer - einen Fond für "Weiche Energien" (Wind, Sonne usw.) eröffnete, in den diejenigen, die die Kalkar-Steuer aus Gewissensgründen verweigerten, ihr Geld einzahlen konnten. Daher - und weil es zu sehr energischen Protesten von Seiten der Öffentlichkeit, einiger Medien und Parlamentsabgeordneter gekommen war - wurde den Haushalten, denen die Stromzufuhr gesperrt worden war, diese wieder geöffnet. Der Fond für "Weiche Energien" wurde kritisiert, weil er nur Einzelnen, nicht aber Gemeinden, Universitäten oder Wohnheimen zugänglich war. Außerdem - so lautete ein weiterer Kritikpunkt - sei nicht sichergestellt gewesen, daß dadurch die Beteiligung am "Schnellen Brüter" geringer geworden sei. Seit dem 1.1.1977 gibt es die Kalkar-Steuer in Holland nicht mehr.

b) Der Kampf gegen die Erhöhung von Fahr- und Strompreisen in Italien

Außerhalb der Gewaltfreien Aktionsgruppen und Bewegungen wie Partito Radicale, Movimento Cristiano per la Pace, Lega degli obiettori, Versöhnungsbund und den praktischen Experimenten in Sizilien (Danilo Dolci) kam es in Italien in den letzten Jahren zu gewaltlosen Kampagnen auf relativer Massenbasis, die sich selbst unter der Bezeichnung "Ziviler Ungehorsam" zusammenfaßten. Sie sind dadurch gekennzeichnet, daß im außerparlamentarischen Bereich vor allem Arbeiter zu direkten gewaltlosen Aktionen griffen, um auch außerhalb des Produktionsbereichs durch Verbraucherstreiks diejenigen Forderungen durchzusetzen, die sie durch Streiks alleine nicht durchsetzen konnten. Solche Aktionen gab es bereits seit den 60er Jahren, doch erst 1974 kam es zu nennenswerten Bewegungen des zivilen Ungehorsams.



In Turin kam es im August 1974 zur eigenhändigen Kürzung von Fahrpreisen. Der Anlaß war eine 30%ige Fahrpreiserhöhung für öffentliche Verkehrsmittel, die beschlossen worden war, ohne daß die Gewerkschaften, die seit zwei Jahren erfolglos mit den Transportgesellschaften verhandelt hatte, davon unterrichtet gewesen wären.

Der Vorschlag, auf die Fahrpreiserhöhung mit einer eigenhändigen Kürzung zu antworten, kam von der linkssozialistischen Gewerkschaft C.I.S.L. und wurde vom 19.8.1974 an ausprobiert. Die Gewerkschaften druckten selbst Fahrscheine und verkauften sie zum alten Preis. Der Erlös ging an das Transportunternehmen. Innerhalb kurzer Zeit funktionierte die Aktion in allen Vororten von Turin. Darauf zogen die Transportgesellschaften die Busse aus dem Verkehr. Auf den Druck der Gewerkschaften hin, die auf der Aufrechterhaltung der öffentlichen Transporte bestanden, griffen die Behörden ein, und die Busse mußten wieder eingesetzt werden. Darauf weitete sich die Bewegung auf die Turiner Innenstadt aus. Die Gewerkschaften erklärten, daß die Aktion solange weiterginge, bis die Verhandlungen zu einem Ergebnis gekommen seien.

In den nach drei Wochen begonnenen Verhandlungen mit den Transportgesellschaften und der Regionalregierung, die die Erhöhung gebilligt hatte, wurde am 10.9.1974 ein Kompromiß erzielt: die Fahrpreiserhöhung wurde von 30 auf 20 % verringert. Obwohl die Aktion nur in Turin durchgeführt worden war, galt der Erfolg dennoch



für die gesamte Region Lombardei. Er ist sicher auf die gewählte Taktik zurückzuführen. Da alle Fahrgäste "ungehorsam" waren, wurden Gegenmaßnahmen schwierig, wenn nicht unmöglich. Nachdem die Kampagne erst nur von der C.I.S.L. getragen worden war, hatten sich ihr später auch die anderen Gewerkschaften C.G.I.L. und U.I.L. angeschlossen.



Der Erfolg mit dieser Aktion ermutigte die Basisgruppen in Betrieben und Stadtteilen, wieder zum gleichen Mittel zu greifen, als am 20.9.1974 die Strompreise um 70 % erhöht wurden. Wieder kam die Initiative von der Gewerkschaftsbasis. In der C.I.S.L. organisierte Arbeiter und Angestellte der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft E.N.E.L. hatten frühzeitig eine Dokumentation vorbereitet, in der sie anhand von Berechnungen nachwies, daß die Erhöhung vor allem vom Kleinverbraucher getragen werden würde. Zwischen dem 10. und 20.9.1974, also bereits vor der Erhöhung, versammelten sich die Arbeiter in den Betrieben, und 18 000 von ihnen beschlossen, nur noch 50 % der Stromrechnungen zu bezahlen.



Bis die ersten Rechnungen mit dem neuen Tarif eintrafen, hatten die Gewerkschaften bereits spezielle Überweisungsformulare gedruckt, auf die man den Vermerk geschrieben hatte: "Mit der C.I.S.L., C.G.I.L. und U.I.L. vereinbarte Zahlungsweise". Jeder Einzelne schrieb einen Brief an die Elektrizitätsgesellschaft und forderte die Rücknahme der Erhöhung. Die Kampagne funktionierte in den Städten - vor allem in Turin und den Vorstädten - auf breiter Basis. Auf dem Lande war ein deutliches Zögern festzustellen, da die Bauern eine zu starke Herausforderung der Regierung befürchteten.

Wie bei der Aktion gegen die Fahrpreiserhöhung weigerte sich die Regierung zunächst zu verhandeln, aber Gegenmaßnahmen waren sehr schwierig. Man konnte schlecht Zehntausenden den Strom abstellen. Dazu noch hätte man diese Aufgabe den E.N.E.L.-Angestellten übertragen müssen, die ja selbst mit der Aktion sympathisierten. Die Kraft der Bewegung und die Solidarität besonders unter den Arbeitern machten jegliche ernstzunehmende Repression von vorneherein unmöglich.

Man erkannte bald, daß man nicht auf einer völligen Rücknahme der Preiserhöhung bestehen konnte. So stimmte

man einer teilweisen Erhöhung zu unter der Bedingung, daß dabei der Kleinverbraucher im Verhältnis zur Industrie nicht benachteiligt werden dürfe. Die Regierung fand sich Ende November zu Verhandlungen bereit, allerdings nur mit den Spitzenverbänden der Gewerkschaften, die aber genau diese Aktionsform mißbilligten. Das Ergebnis war enttäuschend für die Basis: die Erhöhung wurde einerseits so geändert, daß sie für Menschen mit geringem Einkommen etwas erträglicher wurde, aber die einbehaltenen 50 % mußten dennoch bezahlt werden. Trotzdem profitierte ganz Italien von dem Ergebnis, das in Turin und der übrigen Lombardei erkämpft und zum Teil von den Gewerkschaftsspitzen wieder preisgegeben worden war.



Diese beiden Kampagnen haben ein beachtliches Interesse in der Öffentlichkeit gefunden und der Presse wochenlang Schlagzeilen für die ersten Seiten geliefert. Da jedoch auf nationaler Ebene nur die Partito

Radicale voll hinter der Aktion stand und sich vor allem auch die Gewerkschaftsspitzen gegen diese Aktion des zivilen Ungehorsams aussprachen, wurde verhindert, daß man sich mit ähnlichen Mitteln zur Wehr setzte, als kurz darauf die Telephontarife stark erhöht wurden. Doch war die Abschreckungswirkung dieser Methode schon so stark, daß allein ein einfaches Flugblatt der Gewerkschaftsbasis in der Lombardei ausreichte, eine Rücknahme der Preiserhöhung zu veranlassen.



### c) Stromgeldverweigerung in Frankreich

In Frankreich gibt es eine ganze Reihe Kampagnen des zivilen Ungehorsams, die eng miteinander verknüpft sind. Dadurch wird die Solidarität größer, aber auch die gesellschaftlichen Zusammenhänge werden deutlich sichtbar. Zu diesen Kampagnen gehören ca. 2 000 Zivildienstverweigerer, die sich weigern, Waldarbeit zu leisten anstatt eines Friedensdienstes; weiter diejenigen, die 3 % der Steuern verweigern, um die Erweiterung von Truppenübungsplätzen (z.B. auf dem Larzac) zu verhindern; außerdem die Steuerverweigerer, die sich gegen



die Stationierung der Pluton-Raketen im Elsaß wenden; die Kriegsdienstverweigerer, die bisher mehr als 300 Wehrpässe zurückgeschickt haben und 19 Prozesse hatten - bei jedem Prozeß werden 10 weitere Wehrpässe zurückgeschickt -, und seit neuestem die Aktion "15 % EDF".

Im Frühjahr 1976 erhöhte das staatliche Energieversorgungsunternehmen EDF die Stromtarife um 15 %. Da diese Erhöhung im wesentlichen auf den atomaren Ehrgeiz der EDF zurückgeführt wurde, verbreitete sich der Gedanke, diese Erhöhung zu verweigern.

Ein erster Aufruf dazu erschien in der Wochenzeitschrift "Combat Non-Violent" (Gewaltfreier Kampf) und wurde darauf in verschiedenen ökologischen und politischen Zeitschriften nachgedruckt.

Die Kampagne lief zunächst ohne größeres Echo in der Bevölkerung an, bis es im Oktober 1976 in Besançon zum ersten Prozeß kam. Ein Ehepaar hatte 6 % der Stromrechnung nicht bezahlt. Dank der breiten Solidaritätsbewegung (LIP-Arbeiter, CFDT-Gewerkschaft, gewaltfreie Gruppen, Freunde der Erde, Steuerverweigerer gegen die Erweiterung des Truppenübungsplatzes auf dem Larzac) kam es zu einer großen Teilnahme der Öffentlichkeit. Obwohl der Staatsanwalt mit dem Prozeß ein Exempel statuieren wollte, wurde das Ehepaar zu einer Geldstrafe von nur 100 Francs verurteilt, was, verglichen mit der Forderung der EDF, sehr milde war.



Die Idee der Stromgeldverweigerung verbreitete sich immer mehr. Am 19./20.1.1977 fand in Malville am Bau- platz des dort geplanten "Schnellen Brüters" eine Voll- versammlung der französischen Gruppen, die gegen die Atomenergie arbeiten, statt. Dabei wurde eine massen- hafte Kampagne "15 % EDF" ausgerufen. Mittlerweile arbeiten ca. 70 örtliche Gruppen an der Aktion und mehr als 3 000 Franzosen beteiligen sich. Einige der Gruppen haben ein Treuhandkonto eingerichtet. Es wird versucht, eine nationale Koordination der Kampagne aufzubauen. In einigen Orten können die Gruppen wirk- same Öffentlichkeitsarbeiten leisten, indem sie mit Verbraucherorganisationen zusammenarbeiten. In Grenoble forderten sie den sozialistischen Stadtrat, der sich gegen den "Schnellen Brüter" in Malville gewandt hatte, auf, von Seiten der Stadtwerke ebenfalls nur noch 90 % des Stromgeldes an die EDF zu zahlen.



#### d) Steuerverweigerung in den USA

Die Steuerverweigerung hat in den USA eine lange Tradition. Einer der bekanntesten Steuerverweigerer war Henry David Thoreau, dessen in diesem Zusammen- hang entstandener Essay "Über die Pflicht zum Unge- horsam gegen den Staat" zu einer der bedeutendsten

Grundlagen für fast alle gewaltfreien Befreiungs- und Bürgerrechtsbewegungen geworden ist. Besonders stark wurde die Bewegung der Steuerverweigerer während des Vietnam-Krieges. Über 100 000 Menschen verweigerten eine Steuer, die von der privaten Telefongesellschaft auf ihre Rechnungen aufgeschlagen und dann der Regierung für Rüstungsausgaben zugeführt wurde. Die große Zahl der Verweigerer verwirrte die Computer und machte eine Strafverfolgung unmöglich. Andere Bürger verweigerten den Teil ihrer Einkommenssteuer, der dem Anteil der Rüstungsausgaben im US-Haushalt entsprach. Dies war am ehesten den Freiberuflichen möglich. Vor allem die Friedensorganisationen änderten daher den Status ihrer Angestellten zu Freiberuflichen, indem sie ihnen nur für einzelne Projekte Aufträge erteilte, um auch ihnen die Steuerverweigerung möglich zu machen. Bei vielen Verweigerern wurde das einbehaltene Geld von ihren Privatkonten beschlagnahmt. Die Verweigerer richteten oft "Alternative Fonds" ein, um das verweigerte Geld der Friedens- und Gemeinwesenarbeit zur Verfügung zu stellen.



(aus C. Ceccou,  
Also sprach  
Molochias)

Auch jetzt nach Ende des Vietnam-Krieges will die WAR RESISTERS' LEAGUE möglichs viele Menschen durch die Fortführung der Kampagne dazu bringen, dagegen zu protestieren, daß 60 % des US-Haushaltes für Rüstungszwecke ausgegeben werden, während die sozialen Probleme weiter ungelöst bleiben. Bei einigen Prozessen wurden neben Geldstrafen auch Haftstrafen verhängt. Eine Gesetzesvorlage soll ermöglichen, daß Steuerzahler ihr Geld ausschließlich für nicht-militärische Zwecke bestimmen können. Dies wäre eine Parallele zur Kriegsdienstverweigerung auf dem Gebiet der Steuern.

#### 10. Die Stromgeldverweigerung ist nur ein Bestandteil unserer Arbeit

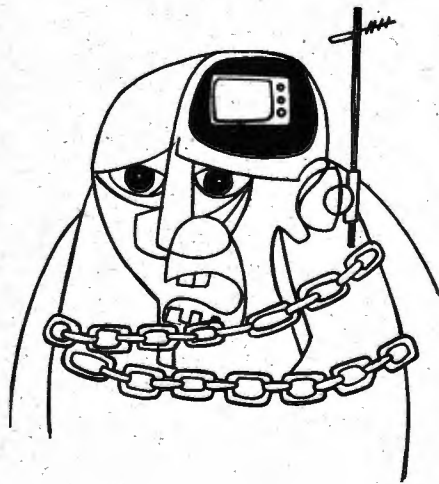
Die Erfolgsaussichten der Ökologie-Bewegung hängen in bedeutendem Maße davon ab, ob es eine Vielzahl verschiedener gewaltfreier Widerstandsmethoden gibt, die gleichzeitig, aber nicht unkoordiniert von den verschieden risikofreudigen Menschen angewandt werden können. Nicht eine einzige Aktion wird den Erfolg sozusagen auf einen Schlag bringen, sondern das Zusammenspiel verschiedener Widerstandsmethoden auf den verschiedenen Ebenen des politischen Geschehens wird ausschlaggebend sein für den Erfolg oder Nicht-Erfolg unserer Arbeit. Daher wäre es sehr schlecht, wenn nun nach der Fixierung auf die Bauplatzbesetzung als hauptsächliche Aktionsform die Fixierung auf die Stromgeldverweigerung folgen würde.

Im Sommer 1977 veröffentlichte das Umweltwissenschaftliche Institut e.V. in Stuttgart den als Diskussionsgrundlage konzipierten "Aktionskatalog des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.". In diesem Aktionskatalog sind systematisch wohl über 150 verschiedene Form des gewaltfreien Widerstandes gesammelt worden. Das geht vom Flugblätter-Verteilen und Aufkleber-Kleben bis zu Aktionen des zivilen Ungehorsams wie Steuerverweigerung, Blockaden und ähnlichem. Dieser Aktionskatalog ist eine sehr gute Diskussionsanregung für alle, die gerne etwas tun möchten, aber nicht genau wissen, was. Doch darf man Sammlungen von Widerstandsformen, wie sie in dem Aktionskatalog enthalten sind, nicht wie ein Rezeptbuch handhaben. Die Aktionsformen der verschiedenen Aktionsgruppen müssen immer nach der jeweiligen Situation ausgerichtet sein. Jeder Standort für ein Atomkraftwerk oder eine andere ähnliche Anlage weist andere Bedingungen auf als der andere. Es hilft also nichts, verschiedene Aktionsformen nacheinander durchzuprobieren oder er-

folgreiche Methoden anderer Gruppen zu kopieren. Erst wenn die besonderen Bedingungen eines Ortes und einer Region erforscht sind, kann man eine Strategie entwickeln und die verschiedenen möglichen Aktionsformen in diese Strategie einbauen.

Daß es eine solche Strategie nicht gibt, die über mehrere Jahrzehnte vorausgeplant sein müßte, ist eine der größten Schwächen der Ökologie-Bewegung in der Bundesrepublik. In anderen Ländern, z.B. in den USA, scheinen die Bürgerinitiativen offenbar mit sehr viel mehr Planung an ihre Arbeit heran. Natürlich haben die Amerikaner ihre Erfahrungen im Widerstand gegen den Vietnam-Krieg gemacht. Doch wir brauchen keinen Krieg, um zu sehen, daß wir zu Figuren im Schachspiel der Atomindustrie werden, wenn wir nicht selbst wissen, was wir wollen. Lange Zeit waren unsere Aktionen Re-Aktionen auf die Handlungen der Gegenseite. Nach einer gewissen Zeit wurde berechenbar, was wir tun würden, wenn dies oder das geschah. In den letzten Monaten ist allerdings häufiger zu beobachten gewesen, wie sich die Bürgerinitiativen emanzipiert haben - emanzipiert von ihren Gegnern. Es haben immer mehr Aktionen stattgefunden, bei denen die Bürgerini-

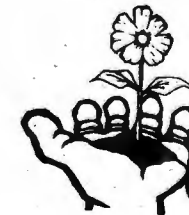
tiativen bestimmt haben, wann wo was geschieht. Die gegenwärtige Repressionswelle ist Folge, aber auch ständig sich erneuernde Ursache dieser Weiterentwicklung unserer Arbeitsmethoden. Die Frage ist nur, ob das sich zur Zeit immer mehr zuspitzende Spannungsverhältnis zwischen den Bürgern einerseits und der Obrigkeit andererseits mit der Niederschlagung jeden Bürgerengagements endet, oder ob eine mit einer gewaltfreien Perspektive ausgestattete Ökologie-Bewegung



auch die Versuche der offenen Unterdrückung soweit übersteht, daß ein weiteres Arbeiten möglich ist, und sich nicht das "Jetzt-ist-alles-vorbei-Gefühl" einstellt und zur Selbstlähmung unserer Arbeit führt.

Durch die ständigen Diskussionen in der Öffentlichkeit ist die Ökologie-Bewegung gezwungen worden, über ihre eigenen Alternativen zu dem nachzudenken, was sie als untragbar bekämpfen. Auch hier wirkte die Öffentlichkeit als Mittel der Selbstkontrolle, und das ist gut so. Schließlich kann die Ökologie-Bewegung durchaus ansehnliche Alternativen zur gegenwärtig herrschenden Weise, zu leben und die Natur zu zerstören, vorweisen. Daß nicht alles ausgereift ist, ist selbstverständlich. Doch das wird kommen, und je ausgereifter unsere Alternativen werden, desto nötiger wird es, daß wir uns auch darauf vorbereiten, diese Alternativen zu verteidigen. Dann werden wir wahrscheinlich noch ganz andere Aktionen durchführen müssen als die Einbehaltung von 10 % des Stromgeldes.

Vor solchem Hintergrund wird die Stromgeldverweigerung fast zu einem Experiment für unsere zukünftigen Aktionsformen. Sie ist seit langem die erste massenhafte Kampagne des zivilen Ungehorsams in der Bundesrepublik. Hier kann man sich nicht mehr in der Anonymität der Masse verstecken, sondern man muß auch alleine für seine Überzeugungen und Aktionen die Verantwortung und natürlich auch die Repressalien in Kauf zu nehmen bereit sein. Wenn dieses Experiment gelingt - und die bisherigen Ergebnisse lassen das hoffen - haben wir eine gute Grundlage für das, was noch getan werden muß.



## 11. Dokumentation: Stromgeldverweigerung in Hamburg

Hamburger Initiative kirchlicher Mitarbeiter  
und  
Gewaltfreie Aktion

### Kein AKW mit unserem Geld!

#### *Grundsatzserklärung*

Wir halten es mit unserem Gewissen nicht für vereinbar, mit der Bezahlung unserer Stromrechnungen den Bau von Atomkraftwerken mit zu finanzieren. Die HEW/NWK sagen zu Unrecht auf den Schildern am Bauzaun, daß dort "Unser Kraftwerk Brokdorf" entstünde. Es ist nicht unser Kraftwerk, und dafür, daß dort mit Hilfe unseres Geldes ein AKW entstehen soll, hat die HEW/NWK nicht unser Einverständnis. Die Mitfinanzierung dieses Baues ist uns aufgezwungen. Die HEW/NWK hat die Geschäftserundlage verlassen, wenn sie uns Strom liefert, dessen Herstellung von uns nicht verantwortet werden kann.

#### *Verweigerung aus Gewissensgründen*

Wir verweigern darum der HEW als dem für uns zuständigen Stromlieferanten die Zahlung des Teils unserer Stromrechnung, der von der HEW zur Finanzierung von Atomenergie verwandt wird. Zugleich verweigern wir den Anteil, der von der HEW zur Werbung für vermehrten Stromverbrauch ausgegeben wird. Denn eine Werbung, die für zusätzlichen Stromverbrauch wirbt, obwohl dessen Herstellung Gefahren für uns, unsere Kinder und den Gesamtzusammenhang der Natur bringt, halten wir für fahrlässig und sind wir nicht bereit zu finanzieren. Darüber hinaus: Die Werbung für vermehrten Stromverbrauch von Seiten eines Unternehmens, das öffentlich die Sorge äußert, unter bestimmten Umständen würden in den 80iger Jahren die Lichter ausgehen, halten wir unverantwortlich bzw. unredlich und sind wir auch aus diesem Grunde nicht bereit zu finanzieren.

Gleichzeitig mit unserer Weigerung, die Kosten für eine solche Werbung tragen zu wollen, fordern wir die Bundesregierung und die Parteien auf, darauf hinzuwirken, daß in der Bundesrepublik Werbung für vermehrten Energieverbrauch gesetzlich verboten wird.

#### *Welchen Anteil verweigern wir und was geschieht mit dem Geld?*

Als Zeichen des Widerspruchs und Protests verweigern wir 10 Prozent unseres Stromrechnungsbetrages. Diese symbolische Summe halten wir

- 2 -

zurück bis

- die HEW ihre Werbung für erhöhten Energieverbrauch einstellt,
- die HEW aufhört, mit unserem Geld AKWs zu finanzieren,
- die HEW sicherstellt, daß sie uns Strom liefert, dessen Herstellung vor unserem Gewissen verantwortet werden kann.

Bis dahin überweisen wir jeweils von unserem Stromrechnungsbetrag 10 Prozent auf ein Treuhandkonto bei der Hinterlegungsstelle des Amtsgerichts bzw. auf ein entsprechendes Treuhandkonto eines Notars.

#### *Wann beginnen wir?*

Wir haben den ersten Schritt bereits getan. Die Kündigung unserer Abbuchungsermächtigung ist am 18.2.77, dem Vorabend der Demonstrationen in Itzehoe und Brokdorf, mit der Post an die HEW hinausgegangen. Der zweite Schritt - die faktische Verweigerung - beginnt mit dem nächsten Teilzahlungstermin. Vom April an überweisen wir nur 90 Prozent an die HEW, 10 Prozent auf das Treuhandkonto.

#### *Stromabschaltung?*

Nach unserer Auffassung ist die HEW zu keinem Zeitpunkt berechtigt, uns den Strom total abzuschalten, da wir 90 Prozent des Rechnungsbetrages auch weiterhin bezahlen. Die juristische Seite ist aber nicht der eigentliche Schwerpunkt unserer Aktion. Dieser liegt für uns auf der ethischen und auf der politischen Ebene. Unserer Einschätzung nach wird es der HEW umso schwerer werden, unseren Protest und zivilen Ungehorsam mit juristischen Argumenten abtun zu können, und wird sich die HEW umso eher der politischen und ethischen Verantwortung stellen müssen, je mehr Leute in gleicher Sache Widerstand leisten.

Darum bitten wir alle Gruppen, die in gleicher Sache aktiv sind oder werden wollen, mit uns Kontakt aufzunehmen, damit Erfahrungen ausgetauscht und Absprachen über gegenseitige Hilfeleistungen getroffen werden können.

Kontakt:  
Initiative Kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion  
c/o Wolfgang Hertle, Großer Schippsee 28, 2100 Hamburg 90

Einzelpersonen, die sich wie wir zu einer teilweisen Verweigerung ihrer Stromzahlungen benötigt sehen oder uns unterstützen möchten, bitten wir ebenfalls um Kontaktaufnahme.





TAG | Datum  
13.10.77 | - 2 -

EMPFANGER

Für Sie sind die Einstellung bzw. Wiederbeginn der Stromversorgung und die gerichtliche Geltendmachung unserer Forderungen mit nicht unerheblichen Mehrkosten verbunden.  
Wir fordern Sie daher auf, Ihre Vertragsverpflichtungen uns gegenüber auch weiterhin zu erfüllen.

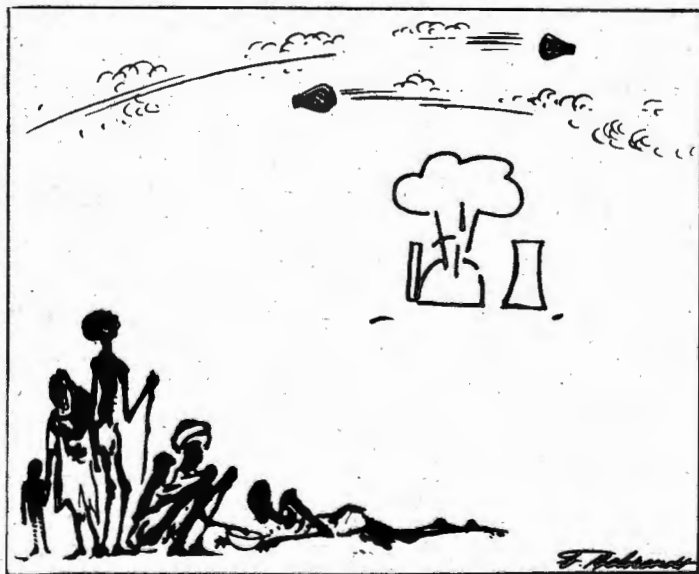
Vielleicht regt Sie die Lektüre der beigelegten Schriften an, Ihre Meinung noch einmal zu überprüfen.

Mit freundlichem Gruß

HAMBURGISCHE ELECTRICITÄTS-WERKE  
Verkaufsabrechnung

*lv vancpl*

Anlagen:  
Bundestagsdrucksache  
66 Fragen



„Gewaltig dieser Fortschritt!“

KURZE ANLEITUNG FÜR ALLE BOYKOTTIERENDEN

Hamb. den 16.10.77

1. Abbuchungsermächtigung zurückziehen, soweit noch vorhanden.
2. Bereitschaftserklärung an uns schicken, soweit noch nicht gemacht.
3. Alle Stromrechnungen ab 1. Oktober 1977 nur zu 90% bezahlen und 10% auf das Treuhandkonto überweisen.

Als Begründung für den Boykott sollten Sie einen Brief an die HEW schicken, siehe Beispiel im Anhang.

HEW-Konten: Vereins- und Westbank Nr. 2/04487 und andere Banken und Sparkassen  
Postscheckkonto Hmb Nr. 13500-200  
Sie können aber auch in den HEW-Mundenzentren bar bezahlen

Treuhandkonto: Rechtsanwaltsbüro Gosau/Tode Treuhandkonto, Kto. Nr. 4690  
Evangelische Darlehensgenossenschaft Kiel (BLZ 21060237)  
Pschk. der Bank: Nr. 242121-201 Pascha Hamburg

Bei der Überweisung auf das Treuhandkonto bitte die 1,-DM für den Rechtshilfefond nicht vergessen und gesondert aufführen.

Beispiel: 10% der Stromrechnung = 6,-DM  
Rechtshilfefond = 1,-DM  
Summe = 7,-DM



4. Wenn die Jahresabrechnung kommt, geht es folgendermaßen:
 

Angenommen, die zweimonatige Pauschale beträgt	DM 80,-
dann erhält die HEW davon 90%	= DM 72,-
und das Treuhandkonto 10%	= DM 8,-
und der Rechtshilfefond noch DM 1,- mit gleicher Überweisung, also	
insgesamt DM 9,-	

Nach fünf Pauschalbeträgen	= DM 360,- erhalten
hat die HEW 5 mal 72	= DM 360,- erhalten
und das Treuhandkonto 5 mal 8	= DM 40,-
gleichzeitig sind dann auf das Treuhandkonto für den Rechtshilfefond	
DM 5,- eingegangen.	

Bei der Jahresendabrechnung wird die HEW höchstwahrscheinlich auch die boykottierten DM 40,- nachfordern. Die Jahresendabrechnung könnte z.B. so aussehen:

Wenn der Gesamtverbrauch im Rechnungsjahr	DM 520,- betrug,
wird die HEW 520,- weniger 360,- (bereits gezahlt)	= DM 160,- nachfordern.

Für uns spielt die Nachforderung jedoch keine Rolle, ausschlaggebend ist nur der Gesamtverbrauch.

10% vom Gesamtverbrauch sind	= DM 52,-
Davon sind bis jetzt auf das Treuhandkonto	= DM 40,- überwiesen.
Der Differenzbetrag von	= DM 12,- (plus DM 1,-)
wird noch auf das Konto gezahlt.	

Die HEW hat in ihrer Jahresendabrechnung	= DM 520,- gefordert,
sie soll aber nur 90% erhalten,	
520 weniger 52	= DM 468,-
Davon hat die HEW bereits	= DM 360,- erhalten.
Der Restbetrag von 468 weniger 360	= DM 108,-
muß noch an die HEW überwiesen werden.	

5. Die erste Mahnung der HEW braucht nicht beachtet zu werden. Aber bitte Benachrichtigen Sie uns davon. Sie können zusätzlich der HEW einen Brief mit Begründung der Aktion schicken.
6. Die zweite Mahnung ist zwar kostenpflichtig, wird aber nicht beachtet. Bitte Benachrichtigen Sie uns sofort nach Eingang davon.
7. Wenn Sie einen Mahnbeseid bekommen, sofort widerspruch einlegen ( Innerhalb von 14 Tagen - siehe Vordruck ) und uns ebenfalls Benachrichtigen. Unsere Rechtsanwältin setzen sich dann mit Ihnen in Verbindung.
8. Kommt es zu einer Stromabschaltung, bitte geben Sie uns sofort Bescheid, damit unsere Rechtsanwältin eine einstweilige Verfügung dagegen erwirken und die Stromabschaltung umgehend rückgängig gemacht wird.
9. Wenn es jetzt zum Prozeß kommen sollte, stehen Ihnen unsere Rechtsanwältin zur Verfügung. Wer durch die Prozeßkosten überfordert wird, kann auf die Unterstützung durch den Rechtshilfefond rechnen.

**Kontakttelefone:** Gisela Wunnenberg 435868  
 Volker Schmidt 513109 (nur tagsüber)  
 Jutta Schmidtke 226707/08

**Kontaktadresse:** Wolfgang Hertle, Großer Schlipsee 28, 21 Hamburg 90

**Spendenkonto für Sachausgaben (Porto, Papier, Telefon, Flugblätter usw.):**  
 Sonderkonto der Kirchengemeinde Nord-Barmbek (zugunsten der Initiative Kirchlicher Mitarbeiter/Gewaltfreie Aktion)  
 Hamburger Sparkasse (BLZ 20050550)  
 Kto. Nr. 1309 / 120 093

**A N H A N G**

Beispiel eines Briefes an die HEW zur Begründung des Boykotts :

Gehr geehrte Herren!

Ich beteilige mich am Stromzählungsboykott und zahle Ihnen fortan nur noch 90% der Pauschale und überweise 10% auf ein Sperrkonto. Dazu möchte ich erklären, daß ich 10% meines Stromrechnungsbetrages aus folgendem Grund verweigere: Ich kann es nicht mit meinem Gewissen vereinbaren, über die Bezahlung meiner Stromrechnungen Ihre Atomkraftwerke mitzuführen. Angesichts der mit der Atomenergie verbundenen Risiken und Folgeschäden sehe ich in der Tatsache, daß Sie mit seit neuestem Atomstrom liefern, eine untragbare Zumlutung. Ich habe darum - wie Sie wissen - zusammen mit anderen Teilnehmern der Aktion "Kein Atomkraftwerk mit unserem Geld" die zurückkehrenden 10% meiner Stromrechnungen auf einem Treuhandkonto hinterlegt. Dieses Geld steht Ihnen zur Verfügung, sobald Sie auf die menschenfeindliche Erziehung und Betreibung von Atomkraftwerken verzichten und keine Werbung für erhöhten Energieverbrauch mehr betreiben.

In der Gewißheit, daß mein Beispiel Schule macht, verbleibe ich

Hans Meyer

Dies ist Umweltschutzpapier und besteht zu 100% aus Altpapier. Es ist billiger als normales Papier und spart Rohstoffe. Es wird weder entfärbt noch gebleicht die Gewässer.

	pro 1000 Ver- brauch	Papier erster Qualität	Papier gewöhnl. Qualität	Umwelt- schutz- papier
Holz	2395 kg	1710 kg	-	-
Frischwasser	440 m <sup>3</sup>	280 m <sup>3</sup>	1,8 m <sup>3</sup>	-
Energie	7600 kWh	4750 kWh	2750 kWh	-

**HAMBURGISCHE ELECTRICITÄTS-WERKE**  
 AKTIENGESELLSCHAFT

HAMBURGISCHE ELECTRICITÄTS-WERKE AKTIENGESELLSCHAFT

30.3.78 2

Amtsgericht Hamburg  
 2000 Hamburg 36

Amtsgericht Hamburg, 2000 Hamburg 36



R kr ha 2010 30.3.78

Geschäfts-Nr.: 9 C 184/78

In der Sache

- Antragsteller -

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Gosau und Tode,  
 Fuhrbühlstr. 599, 2000 Hamburg 63,

gegen

- Antragsgegnerin -

Hamburgische Electricitäts-Werke,  
 Überseering 12, 2000 Hamburg 60,

nimmt die Antragsgegnerin zu dem Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung wie folgt Stellung:

Der Antragsteller will seine Nichtzahlung anscheinend damit begründen, daß ihm ein Leistungsverweigerungsrecht aus § 242 BGB zustehe, da die Zahlung von 10 % der Teilbeträge gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit des Artikels 4 GG verstoße. Es muß bezweifelt werden, daß hier schon beim Antragsteller die Grenze einer Glaubens- oder Gewissensfrage erreicht sein kann, daß also die Zahlung der restlichen 10 % der Teilbeträge "die sittl. Persönlichkeit des Betroffenen beeinträchtigen oder zerstören" (BVerwG E 7, 247; Mauns-Döhring, GG, Artikel 4 Anm. 124) würde. Weiter nimmt der Antragsteller aber offenbar auch einen viel zu großen Einwirkungsbereich der Grundrechte auf das Privatrecht an. Keineswegs kann davon ausgegangen werden, daß die hier vom Antragsteller herangezogene Gewissensfreiheit

grundsätzlich privatrechtlichen Verpflichtungen vorgehe. Grundsätzlich muß vielmehr "eine Interessenabwägung unter dem Gesichtspunkt der Unzumutbarkeit" (Soergel-Siebert-Knopp, § 242, Anm. 28) durchgeführt werden. Einmal können nicht irgendwelche Überzeugungen Einzelner, sondern höchstens allgemeine Anschauungen über Gewissenspflichten rechtlich relevant sein (a.a.O.). Artikel 4 GG soll den Bürger vor Zugriffen in seine Privatsphäre schützen, ihm soll aber nicht freigestellt werden, sein eigenes Gesetz zu schaffen und alle privatrechtlichen Verpflichtungen nach seinen Grundsätzen zu beeinflussen. Daß es sich hier keinesfalls um allgemein anerkannte Gewissenspflichten handelt, ergibt sich schon daraus, daß sich von ca. 600.000 Tarifabnehmern der Antragsgegnerin nur ca. 160 an der mit viel Aufwand propagierten 10 %-Aktion der "Hamburger Initiative Kirchlicher Mitarbeiter" beteiligen.

Der Antragsgegnerin erscheint es nicht zweckmäßig, die verfassungsrechtliche Frage dieses konkreten Falles in einem sogenannten Eilverfahren entscheiden zu lassen. Sie ist vielmehr der Meinung, in einem ordentlichen Verfahren zu den Rechtsfragen ausführlich Stellung zu nehmen, um somit die Urteilsfindung entsprechend vorbereiten zu können. Die Antragsgegnerin erklärt daher, daß sie wegen der vom Antragsteller bisher nicht gezahlten Teile der zweimonatlich zu zahlenden Teilbeträge die Stromlieferung nicht einstellen wird.

HAMBURGISCHE ELECTRICITÄTS-WERKE

*Handwritten signature: Hans Meyer*

# DER DISKRETE CHARME DER STROMPREIS BOYKOTTEURE

Ein Stück weiter ist die Boykottlawine inzwischen gerollt und angewachsen. Am ersten März zogen bereits 251 Hamburger Haushalte von jeder Stromrechnung und Zweimonatsspauschale zehn Prozent ab und überwiesen diese auf ein gemeinsames Treuhandkonto, auf dem sich mittlerweile fast 6 000 DM angesammelt haben. Ca. 200 weitere Haushalte haben ihre Bereitschaft erklärt, die meisten von ihnen warten noch auf die Erreichung von 1000 Bereitschaftserklärungen bevor auch sie zu boykottieren beginnen. Im Vergleich zu den Hunderttausenden von Hamburger Haushalten mag das als wenig erscheinen, aber die Sache ist für die HEW und den Senat, der an ihr mehrheitlich beteiligt ist, inzwischen schon so wichtig geworden, daß sie sich öffentlich damit auseinandersetzen müssen. Da der Boykott z. B. durch Autoaufkleber an vielen Stellen der Stadt sichtbar wird, kann ihn auch die Tagespresse nicht mehr wie am Anfang ganz todschweigen.

Die ersten größeren Artikel erschienen in ganz Norddeutschland und darüber hinaus nach einer Pressekonzferenz Mitte Dezember. Davon profitierten auch manche Boykottinitiativen außerhalb Hamburgs, an die sich plötzlich die Presse wandte. In der Folge brachten nahezu sämtliche Rundfunkstationen der ARD Berichte und Interviews über den Boykott. Genauso wichtig empfanden wir einen Bericht im Grünen Sender Fessenheim".

Eine wesentliche Erkenntnis für die Öffentlichkeitsarbeit bei dieser relativ ungewohnten Aktion ist, daß eine weitgestreute Information und Werbung unbedingt nötig ist. (In Hamburg wurden inzwischen ca 70 000 Flugblätter verteilt), die ausschlaggebende Überzeugungsarbeit aber von Mensch zu Mensch geleistet werden muß. Daher liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten auch mehr und mehr in der Stadtteilarbeit, die in manchen Gegenden auch schon gut klappt. In Gesprächen mit Nachbarn und Bekannten, in der Kneipe an der Ecke oder im Frauenzentrum ist es leichter, Zweifel und Ängste zu überwinden, Solidarität und das Anwachsen der Kampagne zu hören. Die Mietergemeinschaft eines Hauses in Ppendorf beschloss vollzählig mitzumachen. Das ist die Richtung, in der wir weitermachen müssen.

Am 1. Oktober 77, dem Beginn des Boykotts, kamen im Durchschnitt 30 neue Haushalte dazu, so 1 Haushalt bzw. Wohngemeinschaft pro Tag. Dabei sind erstaunlich viele "Normalbürger" und viele Menschen, die vielleicht an manchen Aktionen nicht teilnehmen wollen oder können.

Nach einem Gottesdienst im Januar unter dem Motto: "Anders leben. Perspektiven aus der Anti-Atomkraft-Bewegung" war die nächste Öffentlichkeitswirksame Veranstaltung ein Gespräch zwischen den Boykottierenden und dem Finanzsenator der Hansestadt und Aufsichtsratsvorsitzenden der HEW, H.J. Seeler. Dem Gespräch unter der Moderation eines NDR-Redakteurs lagen Thesen der "Hamburger Initiative Kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion" zugrunde. Der Politiker setzte seine Bürokratie ein und versuchte alle möglichen Tricks, um sich der Auseinandersetzung mit allen Boykottierenden zu entziehen. Zumindest setzte er den Ort für die Veranstaltung durch, einen kirchlichen Raum und nicht die "Markthalle", in der zur selben Zeit eine Anti-AKW-Kunstaussstellung läuft. Der Senator brachte buchstäblich die halbe Besetzung des HEW-Aufsichtsrats und des Vorstands mit, Argumentativ waren die Boykottierer überlegen, am Schluß verblieb dem Senator nur noch eine Warnung vor der sozialen Krise, die ohne den Ausbau der AKWs unausweichlich sei. Schließlich unterbreiteten die 6 Herren in Anzug und Kravatte (Mercedes mit Fahrer vor der Tür) ein "Angebot": "Wenn ihr den Boykott beendet, dann setzen wir das zurückbehaltene Geld zur Entwicklung von Alternativ-(vor allem Wind-)Energie ein". Es ist natürlich für die Boykottierer so unannehmbar, da kein Pfennig weniger für AKWs ausgegeben würde.

Da die verbalen Drohungen mit Stromabstellung und Prozessen bislang in keinem Fall verwirklicht wurden, bedeutet dieses Angebot wohl, daß die HEW großes Interesse daran haben, den Boykott ohne Prozesse und öffentliches Echo schnell vom Hals zu bekommen. Unsere Antwort darauf kann nur sein, die Zahl der Boykottierer und damit den finanziellen Druck zu vermehren, damit die Aktion aus einer symbolischen zu einer politisch und wirtschaftlich relevanten Kampfform wird.

(aus: graswurzelrevolution  
Nr. 34/35)

## 12. Literaturhinweise

### 1. Gewaltlosigkeit

Die aufgeführte Literatur soll eine Anregung bieten zur Beschäftigung mit Geist und Methoden der Gewaltlosigkeit. Es finden sich daher auch Bücher, die keinen sofort erkennbaren Bezug zur Ökologie-Bewegung haben. Sie zu verarbeiten und aus dem Gelernten eigene zeit- und situationsgemäße Formen der politischen Arbeit zu entwickeln, ist Aufgabe des Lesers.

- o Joan Baez, Was würdest Du tun, wenn ...?, Eine Veröffentlichung der GRASWURZEL-WERKSTATT, Kassel, 1976, 8 S., DM -,50
- o H.A.Bedau (Ed.), Civil Disobedience: Theory and Practice (Beiträge von King, Muste, Russel, Chomsky u.a.), Pegasus, Indianapolis/New York, 1969, 282 S., DM 13,-
- o Yann Collanges/Pierre Georges Randal, Les auto-réductions-grèves d'usagers et luttes de classes en France et en Italie 1972-1976, Editions Christian Bourgeois, Paris, 1976, 22 Francs
- o Theodor Ebert, Gewaltfreie Aktion und Bürgerinitiativen, herausgegeben vom Deutschen Pax-Christi-Sekretariat, Frankfurt a.M., 1977, 62 S., DM 3,-
- o Theodor Ebert, Gewaltfreier Aufstand - Alternative zum Bürgerkrieg, Verlag Rombach, Freiburg i.Br., 1969, 408 S., DM 12,-
- o Theodor Ebert/Hans-Jürgen Benedict, Macht von unten - Bürgerrechtsbewegung, außerparlamentarische Opposition und Kirchenreform, Furche Verlag, Hamburg, 1968, 203 S., DM 6,-
- o Th.Ebert/W.Sternstein/R.Vogt, Ökologiebewegung und Ziviler Widerstand - Vyhler Erfahrungen, herausgegeben vom Umweltwissenschaftlichen Institut e.V., Stuttgart, 1978, 84 S., DM 3,- (erhältlich beim Umweltwissenschaftlichen Institut e.V., Hauptmannsreute 45 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/293874)
- o M.K.Gandhi, Eine Autobiographie oder Die Geschichte meiner Experimente mit der Wahrheit, Verlag Hinder + Deelmann, Gladenbach/Hessen, 1977, 454 S., DM 42,-
- o M.K.Gandhi, Handeln aus dem Geist, Herderbücherei, Freiburg i.Br., 1977, 126 S., DM 5,90
- o M.K.Gandhi, Sarvodaya (Wohlfahrt für alle), Verlag Hinder + Deelmann, Gladenbach/Hessen, 1975, 215 S., DM 18,-
- o Hildegard Goss-Mayr, Der Mensch vor dem Unrecht - Spiritualität und Praxis gewaltloser Befreiung, Europa-Verlag, Wien, 1976, 140 S., DM 14,-
- o S.Gowan/G.Lakey/W.Moyer/R.Taylor, Moving toward a New Society, New Society Press, Philadelphia, 1976, 296 S., DM 9,-
- o R.B.Gregg, Die Macht der Gewaltlosigkeit, Verlag Hinder + Deelmann, Gladenbach/Hessen, 1975, 168 S., DM 12,80
- o A.P.Hare/H.H.Blumberg (Ed.), Nonviolent Direct Action (Beiträge von King, Sharp, Gregg, Lakey, Erikson u.a.), Corpus Books, Washington/Cleveland, 1968, 575 S., DM 6,-



- o Wolfgang Hertle, Die gewaltfreie Widerstandsbewegung gegen die Erweiterung des Truppenübungsplatzes Larzac (Südfrankreich), Buchmanuskript, Hamburg, 1977, 104 S., DM 4,- (erhältlich beim Verfasser, Großer Schippsee 28, 2100 Hamburg 90)
- o Dieter T. Hessel, Fibel für Soziale Aktion, Burckhardt-Verlag/Christophorus Verlag, Gelnhausen/Berlin/Freiburg, 1973, 133 S., DM 16,-
- o Jutta Kamke, Schule der Gewaltlosigkeit - Das Modell Palo Alto, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg, 1974, 186 S., D 12,-
- o Coretta Scott King, Mein Leben mit Martin Luther King, Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, 1977, 308 S., DM 9,80
- o M.L.King, Kraft zum Lieben, Christliche Verlagsanstalt, Konstanz, 1974, 228 S., DM 6,80
- o M.L.King, Testament der Hoffnung, Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, 1974, 125 S., DM 4,80
- o M.L.King, Wohin führt unser Weg - Chaos oder Gemeinschaft?, Econ-Verlag, Wien/Düsseldorf, 1968, 251 S., DM 20,-
- o W.R.Miller, Nonviolence - Grundlagen einer christlichen Theorie der Gewaltlosigkeit, Jugenddienst Verlag, Wuppertal, 1971, 123 S., DM 1,50
- o Jean-Marie Muller, Gewaltlos - Ein Appell, Rex Verlag, Luzern/München, 1971, 169 S., DM 16,80
- o K.K.Rabe u.a., Wir kämpfen um unser Leben - Unterdrückung und Widerstand der Landarbeiter in den USA, Verlag Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V., Berlin, 1977, 148 S., DM 10,80
- o Michael Randle, Der Befreiung entgegen, Eine Veröffentlichung der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL, Brüssel, 43 S., DM 2,-
- o Piet Reckmann, Soziale Aktion - Strategie und Methodik, Laetare Verlag, Nürnberg, 1971, 225 S., DM 12,-
- o H.Rothenpieler/Ch. Walker, Training gewaltfreier Aktion - Theorie und Praxis, Waldkircher Verlagsgesellschaft, 1977, 87 S., DM 5,-
- o Albert Schmelzer, Die Arche, im Anhang: Lanza del Vasto, Definition der Gewaltlosigkeit, Waldkirch, 1975, 78 S., DM 4,-
- o Michael Schroeren, z.B. Kaiseraugst - Der gewaltfreie Widerstand gegen das Atomkraftwerk: Vom legalen Protest zum zivilen Ungehorsam, Verlag Schweizerischer Friedensrat, Zürich, 1977, 166 S., DM 14,-
- o Wolfgang Sternstein, Perspektiven gewaltfreier Bewegungen, Beiheft zu Heft 12/1976 der "Junge Kirche - Eine Zeitschrift europäischer Christen", 11 S., DM 1,- (erhältlich beim Vertrieb Junge Kirche, Mathildenstr. 86, 2800 Bremen)
- H.D.Thoreau, Leben aus den Wurzeln, Herderbücherei, Freiburg i.Br., 1978, 128 S., DM 5,90
- H.D.Thoreau, Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat, Diogenes Verlag, Zürich, 1973, 87 S., DM 4,80

- o Umweltwissenschaftliches Institut e.V., Aktionskatalog des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (Diskussionsgrundlage), Eigenverlag, Stuttgart/Karlsruhe, 1977, 80 S., DM 3,50
- o Lanza del Vasto, Definition der Gewaltlosigkeit, 65 S., DM 3,- (erhältlich bei der Versandbuchhandlung Helga & Wolfgang Weber-Zucht, Steinbruchweg 14, 3500 Kassel-Bettenhausen, Tel. 0561/515953)
- o Lanza del Vasto, Die Arche stellt sich vor, 70 S., DM 3,30 (erhältlich s.o.)
- o Lanza del Vasto, Die vier Geißeln - 1. Teil, 101 S., DM 4,40 (erhältlich s.o.)
- o Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e.V., Der Käuferstreik - Die letzte Waffe der Verbraucher, Eigenverlag, Stuttgart, 1977, 77 S., DM 1,- (erhältlich bei der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e.V., Olgastr. 32, 7000 Stuttgart 1)
- o Helga Weber-Zucht (Hrsg.), Zum Beispiel Seabrook, USA - Gewaltlosigkeit im Kampf gegen Atomenergie, Eine Veröffentlichung der GRASWURZEL-WERKSTATT, Kassel, 1978, ca. 50 S., DM 3,50
- o Günter Weick, Der Boykott zur Verfolgung nichtwirtschaftlicher Interessen, Athenäum-Verlag, Frankfurt, 1971, Dm 38,-
- o George Woodcock, Mahatma Gandhi, dtv, München, 1975, 124 S., DM 4,80

## 2. Atomenergie, Ökologie, Alternativen

- o AAB/BBU, Die atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik-Südafrika, Eigenverlag, Köln/Karlsruhe, 1977, 40 S., DM 2,-
- o ai/AGG/BBU, Das deutsch-brasilianische Atomgeschäft, Eigenverlag, Köln/Bonn/Karlsruhe, 1976, 133 S., DM 4,-
- o Aktionsgemeinschaft für Umweltschutz Darmstadt e.V., KKW-Fibel für Bürgerinitiativen, VSA, Hamburg/Berlin, 1977, 212 S., DM 12,-
- o Alternative Technologie - Auswege aus den Sachzwängen unserer großtechnologischen Zivilisation, Lichtland Verlag, 1977, DM 10,-
- o C.Amery/P.C.Mayer-Tasch/K.M.Meyer-Abich, Energiepolitik ohne Basis - Vom bürgerlichen Ungehorsam zu einer neuen Energiepolitik, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M., 1978, 105 S., DM 5,80
- o Arbeitsgemeinschaft Umwelt beider Hochschulen, Umdenken - Umschwenken. Alternativen - Wegweiser aus den Sachzwängen großtechnologischer Zivilisation? (Themen: Energie, Sonnenhäuser, Landwirtschaft u.a.), Zürich, 230 S., DM 14,-
- o Arbeitsgruppe "Wiederaufbereitung" an der Universität Bremen, Atommüll oder Der Abschied von einem teuren Traum, Rowohlt, Reinbeck bei Hamburg, 1977, 212 S., DM 5,80
- o H.E.Bahr/R.Gronemeyer (Hrsg.), Anders leben - überleben. Die Grenzen des Wachstums als Chance zur Befreiung, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M., 1977, 190 S., DM 7,80

- o H.Bossel, Bürgerinitiativen planen die Zukunft, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M., 1978, ca. 400 S., DM 6,80
  - o H.Bossel u.a., Energie richtig genutzt, Verlag C.F.Müller, Karlsruhe, 1976, 214 S., DM 18,-
  - o Buchholtz/Mez/von Zabern, Widerstand gegen Atomkraftwerke - Informationen für Atomkraftwerkgegner und solche, die es werden wollen, Peter Hammer Verlag, Wuppertal, 1978, 224 S., DM 10,-
  - o Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V., Die Auswirkungen schwerer Unfälle in Wiederaufbereitungsanlagen und Atomkraftwerken - Abdruck und Interpretation zweier vertraulicher Studien des Institutes für Reaktorsicherheit, Eigenverlag, Karlsruhe, 1977, 68 S., DM 5,-
  - o Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V., Plutonium - Über die Beratungspraktiken der offiziellen Strahlenschutzkommission, Eigenverlag, Karlsruhe, 1977, 58 S., DM 4,-
  - o Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V., Wiederaufbereitung und Lagerung von Atommüll - Entsorgung oder ewige Sorgen?, Eigenverlag, Karlsruhe, 1976, 121 S., DM 5,-
  - o Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V., Unterrichtsmaterialien zur Energieproblematik, Eigenverlag, Karlsruhe, 1978, DM 5,- (erhältlich bei Wellenreuther, Ludolf Krehl-Str. 56, 6900 Heidelberg)
  - o Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V./Aktionsgemeinschaft Umweltschutz Darmstadt e.V., Das zentrale Brennelement-Zwischenlager. Keine Lösung des Atommüll-Problems, Eigenverlag, Karlsruhe/Darmstadt, 1977, 35 S., DM 3,50 (erhältlich durch Voreinsendung des Geldes auf Konto 112004890, Mechthild Bill, Sparkasse Darmstadt, BLZ 50850150)
  - o Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V./Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Danneberg e.V./Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe, WiederaufbereitungsgeTUVtel - Was der TÜV verschweigt und die Bundesregierung nicht wissen will, Eigenverlag, Karlsruhe, 1978, 40 S., DM 3,-
  - o Jürgen Dahl, Auf Gedeih und Verderb - Zur Metaphysik der Atomenergieerzeugung & Kommt Zeit, kommt Unrat, Langewiesche-Brandt, Ebenhausen, 1977, 50 S., DM 4,80
  - o Dezentrale, Alternativkataloge 1 + 2 (Themen: Hausbau, Recycling, Energie, Transport, Gemeinschaften u.a.), König/Schweiz, 1976, 109 u. 328 S., DM 12,- u. 27,- (Alternativkatalog 3 erscheint in Kürze)
  - o D.S.Elgin/G.Altner u.a., Die tägliche Revolution - Möglichkeiten des alternativen Lebens in unserem Alltag, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M., 1978, 176 S., DM 7,80
- FORUM EUROPA - Zeitschrift für transnationale Politik, Heft 7/8: Der eigentliche Dialog - Bürgerinitiativen und Gewerkschaften (Beiträge von P.Kelly, R.Jungk, H.Brandt u.a.), Bonn/Berlin, 1977, 82 S., DM 3,- (erhältlich bei Roland Vogt, Lorenzstr. 16-17, 1000 Berlin 45, Tel. 030/7733413)

- o Ewald Gaul, Atomenergie oder Ein Weg aus der Krise?, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 1974, 127 S., DM 3,80
- o Gewaltfreie Aktion Freiburg/Arbeitskreis Umweltschutz der Universität Freiburg, Katastrophenschutzplan des AKW Fessenheim - veröffentlicht und kommentiert, Eigenverlag, Freiburg i.Br.; 1977, 36 S., DM 2,-
- o Gewaltfreie Aktion Umweltschutz Dortmund, "In den Straßen ist alles ruhig ..." - Erfahrungsbericht über die Teilnahme an der Aktionärsversammlung der VEW AG, Eigenverlag, Dortmund, 1977, 9 S., DM 1,- (erhältlich bei Theo Hengesbach, Große Heimstr. 66, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231/104694)
- o Herbert Gruhl, Ein Planet wird geplündert, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M., 1978
- o Bo Gunnarsson, Japans Ökologisches Harakiri oder Das tödliche Ende des Wachstums - Eine Warnung an die industrialisierten Staaten, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 1977, DM 4,80
- o Ivan Illich, Die sogenannte Energiekrise, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 1974, 89 S., DM 3,80
- o Ivan Illich, Selbstbegrenzung - Eine politische Kritik der Technik, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 1975, 190 S., DM 19,80
- o Robert Jungk, Der Atomstaat - Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, Kindler Verlag, München, 1977, 240 S., DM 19,80
- o Robert Jungk, Heller als tausend Sonnen - Das Schicksal der Atomforscher, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 1976, 339 S., DM 6,80
- o Bodo Manstein, Strahlen, S.Fischer Verlag, Frankfurt a.M., 1977, 476 S., DM 48,-
- o L.Mez/K.Tempel, Atomenergie im Film, ESG-Material 13, Stuttgart, 1977, 148 S., DM 6,-
- o L.Mez/M.Wilke (Hrsg.), Der Atomfilm - Gewerkschaften und Atomkraft, Olle und Wolter, Berlin, 1977, 215 S., DM 12,80
- o K.R.Mirów, Die Diktatur der Kartelle - Die Geschichte der Weltkartelle im 20.Jahrhundert, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 1977, 163 S., DM 6,80
- o Lewis Mumford, Mythos der Maschine - Die umfassende Darstellung der Entdeckung und Entwicklung der Technik, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M., 1977, 833 S., DM 14,80
- o B.Nössler/M. de Witt (Hrsg.), Wuhl - Betroffene Bürger berichten, Inform Verlag, Freiburg i.Br., 1976, 301 S., DM 19,80
- o SAIU, Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie - 66 Erwidernungen, Oberbaumverlag, Berlin, 1976, 189 S., DM 7,20
- o Joachim Schritt, Bauern gegen Atomanlagen oder Wi wüllt den Schiet nich hebbn - Bedingungen bäuerlicher Kämpfe gegen Atomanlagen, Plakat-Bauern-Verlag, 110 S., DM 7,-
- o E.F.Schuhmacher, Die Rückkehr zum menschlichen Maß - Alternativen für Wirtschaft und Technik, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 1977, 315 S., DM 19,80

- o H.Strohm (Hrsg.), Biologische Schäden durch Atomkraftwerke und energiereiche Strahlen, Verlag Association, Hamburg, 1976, 126 S., DM 7,-
- o H.Strohm, Friedlich in die Katastrophe - Eine Dokumentation über Kernkraftwerke, Verlag Association, Hamburg, 1977, 489 S., DM 16,-
- o H.Strohm (Hrsg.), Schnelle Brüter und Wiederaufbereitungsanlagen, Verlag Association, Hamburg, 1977, 170 S., DM 10,-
- o Helmut Swoboda, Der Kampf gegen die Zukunft - Ein Report über die Widerstände gegen Veränderungen, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M., 1978; 172 S., DM 6,80
- o Dieter Teufel, Radioaktive Kontamination in der Umgebung kerntechnischer Anlagen - Analyse der amtlichen Umgebungsüberwachung, herausgegeben vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V., Eigenverlag, Karlsruhe, 1976, 56 S., DM 2,30
- o P.Weish/E.Gruber, Radioaktivität und Umwelt, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart, 1975, 159 S., DM 12,80
- o Michael Wortmann, Konventionelle und-Biologische Landwirtschaft im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie, Verlag und Schriftreihe "Lebendige Erde", Darmstadt-Land, 1977; 450 S., DM 16,-
- o H.H.Wüstenhagen, Bürger gegen Kernkraftwerke. Wühl - der Anfang?, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 1975, 106 S., DM 3,80

### 3. Zeitschriften

- o bbu aktuell - Zeitschrift des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. und der Friends of the Earth, c/o Roland Vogt, Lorenzstr. 16-17, 1000 Berlin 45; Tel. 030/7733413 (zweimonatlich, Jahresabonnement DM 25, zahlbar an Hermann Schulz, Am Sande 21, 2301 Revensdorf, PSchK 633-201 beim PSchA Hamburg)
- o Essener Zeitschrift für Umweltschutz und Umweltpolitik, Postfach 170210, 4300 Essen 17 (monatlich, Jahresabonnement DM 9,60, zahlbar auf PSchK 1115-435 beim PSchA Essen)
- o gewaltfreie aktion - Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit, herausgegeben von Th.Ebert, H.Kloppenburger, W.Sternstein u.a., c/o Gernot Jochheim, Kiepertstr. 5, 1000 Berlin 48, Tel. 030/7215302 (vierteljährlich, Jahresabonnement DM 12,-, zahlbar auf PSchK 305003-101 beim PSchA Berlin/West)
- o graswurzelrevolution - Für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft, c/o Wolfgang Hertle, Großer Schippsee 28, 2100 Hamburg 90, Tel. 040/777957 (zweimonatlich, Abonnement für 10 Ausgaben DM 14,-, zahlbar auf PSchK 227864-808 beim PSchA München)
- o INFORMATIONSDIENST FÜR gewaltfreie Organisatoren, c/o H.&W. Weber-Zucht, Steinbruchweg 14, 3500 Kassel-Bettenhausen, Tel. 0561/515953 (erscheint 10 mal im Jahr, Jahresabonnement DM 15,-, zahlbar auf PSchK 134447-469 beim PSchA Dortmund, Sonderkonto Heinz Rothenpieler in 5242 Kirchen)

- o Der Umkreis, c/o Bürgerinitiative für Umweltinformation e.V., Hauptstr. 100, 7542 Schöenberg 5 (monatlich, Jahresabonnement DM 12,-, zahlbar auf PSchK 6692-709 beim PSchA Stuttgart)
- o Umwelt akut, c/o Bürgerinitiativen Rhein-Main-Neckar-Raum, Gerhard Rüh, Nicolaiweg 9, 6100 Darmstadt (monatlich, Abonnement für 6 Ausgaben DM 6,-, zahlbar auf PSchK 356316-602 beim PSchA Frankfurt a.M.)
- o Umwelt-Bote, c/o Regionalverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Südlicher Oberrhein, Hauptstr. 17, 7612 Fischerbach
- o Umweltschutz - Mitteilungsblatt der Bürgeraktion Umweltschutz Zentrales Oberrheingebiet e.V., c/o Umweltzentrum, Kronenstr. 9, 7500 Karlsruhe (zweimonatlich, Jahresabonnement DM 10,-, zahlbar auf PSchK 174600-752 beim PSchA Karlsruhe)
- o Umweltzeitung, c/o Bürgerinitiativen gegen die Atomkraftwerke in Uentrop-Schmehausen, Harald Haun, Soester Str. 233, 4701 Uentrop-Vöckinghausen, Tel. 02385/2950 (vierteljährlich)
- o Was Wir Wollen - Nachrichten ussem Dreyeckland un ussem Rescht vu dr Welt, c/o Lothar Stärk, Postfach 68, 7832 Kenzingen (monatlich, Jahresabonnement DM 30,-, zahlbar auf PSchK 169628-750 beim PSchA Karlsruhe)

### 4. Eine herzliche Empfehlung

- o George Orwell, 1984 - Ein utopischer Roman, Ullstein, Frankfurt/Berlin/Wien, 1977, 281 S., DM 7,80

---

Alle aufgeführten Bücher können bezogen werden über die Versandbuchhandlung Helga & Wolfgang Weber-Zucht, Steinbruchweg 14, 3500 Kassel-Bettenhausen, Tel. 0561/515953. Ausführliche Bücherlisten können angefordert werden.

Die meisten Bücher sind auch im regulären Buchhandel erhältlich.

---



Die farbigen Aufkleber "Stromzahlungsboycott" können als Brief- und Autoaufkleber bezogen werden über Wolfgang Hertle (Adresse S. 83).



Januar/Februar 1978  
Nr. 2  
DM 2,00

# bun-aktuell

Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz  
Zeitschrift des



*Schwarzbücherna*  
Widerstandsrecht  
und ziviler  
Ungehorsam

8 Seiten extra  
Widerstandsrecht  
gegen AKWs?

Mahatma Gandhi:  
'Gewaltfreiheit-  
Waffe der Starlen'

*Strompreissboycott*  
"Die Lawne  
rott schon an"

*Report*  
Atomkraftwerke  
im Ostblock

*Außen*  
NACHRICHTEN  
& BERICHTE

bun-aktuell  
zu beziehen  
über Hermann  
Schulz, Am  
Sande 21,  
2301 Revens-  
dorf, Tel.  
04346/1698.

#### Wichtige Adressen

- o Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.,  
Helbergstr. 6, 7500 Karlsruhe 21, Tel. 0721/574248
- o BBU-Info-Versand, Horstackerstr. 24, 6700 Ludwigshafen,  
Tel. 0621/573454
- o GRASWURZEL-WERKSTATT, c/o Helga & Wolfgang Weber-  
Zucht, Steinbruchweg 14, 3500 Kassel-Bettenhausen,  
Tel. 0561/515953
- o Initiative Kirchliche Mitarbeiter und Gewaltfreie  
Aktion, c/o Wolfgang Hertle, Großer Schippsee 28,  
2100 Hamburg 90, Tel. 040/777957
- o Rechtsanwältin Wiltrud Rülle, Märkischestr. 56-58  
4600 Dortmund 1, Tel. 0231/574081
- o GRÜNE KREISE - Training in Gewaltlosigkeit, König-  
str. 3, 5000 Köln 1, Tel. 0221/230794

Die Hamburger Initiative Kirchliche Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion haben sich bereit erklärt, den Informationsaustausch unter den Stromgeldverweigerungsinitiativen in der Bundesrepublik Deutschland zu fördern. Wer also Informationen oder anderes weitergeben will, kann diese an Wolfgang Hertle (Adresse s.o.) schicken. Er stellt dann aus den Einsendungen einen Rundbrief zusammen und sendet diesen an alle bekannten Adressen.

# graswurzel revolution

Für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

Freiheitlich-sozialistische Zeitschrift  
gewaltfreier Aktionsgruppen und Bürgerinitiativen

GRASWURZELREVOLUTION bezeichnet eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwandlung, in der durch Macht von unten Gewalt und Herrschaft abgeschafft werden.

An die Stelle zentralisierter Verwaltung und Überwachung durch einen mit Gewaltmitteln ausgestatteten Staatsapparat soll Selbstbestimmung, Selbstorganisation und freiwillige Hilfe treten.

An die Stelle des heutigen industriellen Wachstums, das sich nach den Profiten richtet und die Umwelt zerstört, soll eine energiesparende und umweltfreundliche Produktion treten, die den Bedürfnissen des Menschen dient und ihm in seiner Arbeit Befriedigung vermittelt.

Nicht menschengefährdende Rüstung und militärischer Drill, sondern soziale Gerechtigkeit, vollständige Demokratie, gewaltlose Verteidigungsformen und die Solidarität zwischen den reichen und den bislang unterentwickelt gehaltenen Völkern werden den Frieden dauerhaft sichern und die Freiheit erhalten, ja sogar ausbauen.

Um diesen Zielen zu dienen, berichtet die GRASWURZELREVOLUTION seit 1972 über gewaltbekämpfende und lebensschützende Aktionen aus der ganzen Welt und über den Aufbau von Alternativen. Sie bemüht sich, Theorie und Praxis der gewaltfreien Revolution zu entwickeln und zu verbreiten.

Redaktionsanschrift: c/o Wolfgang Hertle, Grosser Schippsee 28, 2100 Hamburg 90

Bezugsbedingungen: Im Abonnement kosten 10 Nummern DM 14.- gegen Vorauskasse auf PSchK 22 78 84-808, PSchA München, W. Hertle in Hamburg. Rabatt für Wiederverkäufer bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren einer Nummer. Probeexemplare anfordern! (Bitte 2 Mark in Briefmarken beifügen.)



Mitherausgeber dieser Broschüre

AG Gewaltfreier Widerstand im Göttinger Arbeitskreis  
gegen Atomenergie o Aktionsgemeinschaft gegen Umwelt-  
gefährdung durch Atomkraftwerke e.V., Freiburg i.Br.  
o Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.,  
Karlsruhe o Bürgeraktion Küste, Bremen o Bürgeraktion  
Stop Kalkar (Gerda Degen), Moers o Bürgerinitiative  
für eine menschenwürdige Umwelt, Köln o Bürgerinitia-  
tive Umweltschutz Hamm e.V. o Bürgerinitiative Umwelt-  
schutz Lippstadt o Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow  
-Dannenberg e.V. o Bürgerinitiative Umweltschutz Mainz  
-Wiesbaden e.V. o Bürgerinitiative Umweltschutz Welper  
o Freie Jugendzeitschrift WIR, Bayreuth o Gewaltfreie  
Aktion Berlin o Gewaltfreie Aktion Frankfurt o Gewalt-  
freie Aktion Freiburg o Gewaltfreie Aktion Göttingen  
o Gewaltfreie Aktion Hagen o Gewaltfreie Aktion Ham-  
burg o Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (Schweiz) o  
Gewaltfreie Aktion Lörrach o Gewaltfreie Aktion Um-  
weltschutz Dortmund o Graswurzel-Werkstatt, Kassel o  
o Initiative Kirchliche Mitarbeiter, Hamburg o Umwelt-  
schutz Schleswig-Holstein e.V., Revensdorf

Dr. Hans-Jürgen Benedict, Bochum o Norbert Beyer, Ber-  
lin o Pastor F. Bode, Bremen o Volker van den Boom,  
Düsseldorf o Dr. M.O. Bruker, Lemgo o Michael Deich-  
mann, Stuttgart o Dr. Reinhard Drüner, Bonn o Elke  
Gutschmidt, Stuttgart o Klaus Haas, Frankfurt o Hans-  
Werner Hoppe, Hamburg o Christoph Junck, Stuttgart o  
Robert Jungk, Salzburg (Österreich) o Pastor K. Lüb-  
bert, Uetersen o Dr. Lutz Mez, Berlin o Ellen Möller,  
Stuttgart o Birgit Müller, Stuttgart o Thomas Pensel,  
Stuttgart o Dipl. Pol. J. Michael Schroeren, Berlin  
o Ulrich Schwalbe, Berlin o Dr. Wolfgang Sternstein,  
Stuttgart o Stephan Uebelacker, Friedberg o Dipl. Pol.  
Roland Vogt, Berlin o Manuel Walther, Berlin o Thomas  
Westphal, Berlin o Sabine Wolster, Berlin o Wilfried  
Zeckai, Stuttgart

ARCHIV

Theo Hengesbach,  
Michael Schweitzer (Hrsg.)

## Kein Atomkraftwerk mit unserem Geld !

### Stromgeldverweigerung als gewaltfreier Widerstand gegen Atomenergie



Mitherausgeber:  
BBU, Robert Jungk u.a.